

## Nationalismus

gibt's in Spanien nur im Plural. **16**

## ist

die EU feministisch? **18**

## keine

guten Aussichten fürs politische  
Theater. **30**

## Alternative

Medien gibt's in Ungarn nicht. **24**



**WIR, IHR**  
- das sind doch  
bürgerliche Kategorien

Die ÖH spricht mit deiner Stimme

**LASS SIE ZÄHLEN!**



**Bis 8. April ÖH-Beitrag einzahlen,  
damit auch du wahlberechtigt bist.**

**ÖH Wahl 27.–29. Mai 2019**

#voteitoutloud #oeh19 wahl2019.oeh.ac.at

 /bundesoehe  /bundesoehe  @BundesOeh

#### 04 WER DIE WAHL HAT!

Hat auch die Qual? Das Vorsitzteam erklärt, was es mit der baldigen ÖH-Wahl auf sich hat.

### Bildung

#### 06 ICH HABE HEUER LEIDER KEINEN STUDIENPLATZ FÜR DICH!

Matura? Reicht leider nicht mehr. Zumindest nicht für die Inskription zu vielen Studiengängen in Österreich. Ein Überblick über die neuen Zugangsbeschränkungen.

#### 08 MOMO WILL AN DIE UNI

„Bildung ist der Schlüssel zur Integration.“ Ein Standardsatz österreichischer Politiker\_innen. Doch wie ist es wirklich um den Zugang zur Bildung für geflüchtete Menschen in Österreich bestellt? Eine Reportage.

#### 10 SERVICE, DAS HILFT.

Die ÖH ist nicht nur politische Ansprechpartnerin, sondern bietet auch Service an. Unter anderem mischen wir uns auch juristisch ein und helfen Studierenden, wenn sie unfair behandelt werden.

### Dossier

#### 12 EUROPA KANN MEHR ALS NUR WIRTSCHAFTSUNION!

Medien sprechen fast nur von einem Rechtsruck bei den anstehenden EU-Wahlen. Doch es gibt auch linke Parteien in Europa, die dagegenhalten. Ein Bericht über ihre Hoffnungen, Ideen und Widersprüche.

#### 14 UNION, EURASIEN, ABENDLAND

Wieso das „Abendland“ immer größer wird und welche „nationalistische Internationale“ sich nach den EU-Wahlen formieren könnte.

#### 16 SPANIEN: BALKONIEN IN DER BREDOUILLE

Katalonien? Da war doch was! Was vom Unabhängigkeitskonflikt bleibt und was an den Bürger\_innenkrieg der 30er-Jahre erinnert.

#### 18 AUS MITGEMEINT WIRD NICHTGEMEINT

Was macht eigentlich die EU und die einzelnen Nationalstaaten, um die Gleichstellung der Geschlechter sicherzustellen?

### Wissenschaft und Politik

#### 22 NEUE HOFFNUNG IN ARMENIEN

In Armenien fanden zum ersten Mal freie Parlamentswahlen statt. Wie hat sich das Land seither verändert?

#### 24 ZWISCHEN PROTEST UND PAPRIKA

Ungarn ist wohl das am autoritärsten regierte Land der EU. Menschen und Aktivist\_innen erzählen von ihrem Alltag und der politischen Situation.

#### 26 CYNTOIA BROWN – „ME FACING LIFE“

Cyntoia Brown hat Notwehr begangen. Weil sie eine schwarze Frau ist, musste sie dennoch ins Gefängnis. Nun kommt sie frei und will für Gerechtigkeit kämpfen.

### Feuilleton

#### 28 REZENSIONEN

Wir stellen neue Werke aus Film, Fernsehen und Literatur vor. Diesmal unter anderem mit politischen Schweinen, bisexuellen Frauen und Sexarbeit in Wien.

#### 30 KURZ, STRACHE, BLÜMEL UND DAS ÖSTERREICHISCHE THEATER

Die Theater sind plötzlich aufgewacht und machen Politik.

**BILDUNG:** Mohammad Hossein Mosadegh

**DOSSIER:** Stefanie Hintersteiner

**WISSENSCHAFT UND POLITIK:** Ksenia Disterhof

**FEUILLETON:** Ksenia Disterhof

#### Impressum

**Ausgabe:** 01/2019

**Auflage:** 60.000

**Erscheinungsmonat:** März

**Medieninhaberin:** Österreichische Hochschüler\_innenschaft,  
Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

**Kontakt für Abo-Fragen:** [progress-online.at/abo](http://progress-online.at/abo) (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

**Kontakt Redaktion:** [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

**Redaktion:** Daniel Colin-Hernandez, Paul Pumsenberger und Karin Stanger

**Autor\_innen dieser Ausgabe:** ZFlorian Bayer, Atahan Demirel, Clara Gallistl, Johannes Greß, Nina Köstl, Jan Marot, Vincent Perle, Nicole Schöndorfer, Ines Shubshizky, Hannah Svoboda, Elena Zeh

**Cover:** Sarah Langoth, Design by Rhizomatic Circus

**Lektorat:** Noah Mayr

**Layout:** T. Jenni, J. Kolda

# Editorial

## Wer liest schon das Editorial? Heute - du!

Denn es ist ein gutes. Wir sind Karin, Paul und Colin und wir finden das ist eine tolle progress-Ausgabe geworden. Die Autor\_innen, das Lektorat, unsere Zeichner\_innen, Fotograf\_innen und Layouterin\_innen haben alles gegeben. Neben Job, Studium und anderen Verpflichtungen ist auch für uns nicht immer leicht alles unter einen Hut zu kriegen. Ihr kennt das.

In den nächsten Monaten dreht sich in diesem Land alles um Wahlen – EU-Wahl, Arbeiterkammerwahl und nicht zuletzt die ÖH-Wahlen. In dieser Ausgabe haben wir uns Europa vorgenommen! Wir haben das Gefühl, dass man von Innenpolitik immer sehr viel mitbekommt, ob über Social Media oder klassische Medien, aber Europapolitik bleibt oft außen vor. Dabei lohnt es sich, sich nicht immer nur mit Schitzelland zu beschäftigen. Denn dieses Europa ist gerade für Studierende eines der besten Dinge die je geschaffen wurden. Nie war es so einfach zu reisen, in einem Land zu studieren und anderen Menschen aus Europa kennenzulernen. Wir können euch nur ermutigen Erasmus zu versuchen und ein anderes Land kennenzulernen.

In unseren Artikeln haben wir uns mit Europapolitik näher beschäftigt: Auf der Seite 14 wird die (Neue) Rechte in Europa und der Begriff „Abendland“ auseinandergenommen. Warum Europa mehr als eine Wirtschaftsunion ist, erfährst du auf Seite 12. Und wie es um die Rechte der Frauen steht, lest ihr auf Seite 16.

Wir wünschen euch gute Seminare, spannende Vorlesungen und inspirierende Gespräche auf der Hochschule. Vielleicht können unsere Artikel zu Letzterem beitragen.

Viele Freunde beim Lesen!

Deine progress – Redaktion

PS: Du hast Lust zu schreiben, zu fotografieren oder zu zeichnen? Dann schreib uns [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)



# Liebe Kolleg\_innen,

bald ist es also wieder soweit: Ende Mai, genau genommen von 27. bis 29. Mai 2019, dürfen knapp 400.000 Studierende in ganz Österreich ihre Vertretung wählen - und das auf der Ebene ihres Studiums, auf der Ebene ihrer Hochschule und auf der Bundesebene. Die ÖH ist die Interessenvertretung aller Studierenden und vor allem: Sie spricht mit deiner Stimme!

Auch wir waren mal das erste Mal wählen und wir wissen: Das ist alles gar nicht so einfach. Drei Wahlzettel, auf denen drei verschiedene Ebenen zu wählen sind. Auf der Ebene der Studienvertretung werden einzelne Personen gewählt, der der einzelnen Hochschule und der Bundesebene Listen. Wenn ich die wähle, was können und dürfen die überhaupt alles?

Wir sind in Österreich in der einzigartigen Situation, um die uns Studierende aus ganz Europa beneiden: Alle Ebenen der ÖH werden direkt gewählt, was sie können und dürfen ist im Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz (kurz: HSG) genau geregelt, und sie haben trotz mancher Meinungsverschiedenheiten eine weitestgehend konstruktive Zusammenarbeit mit den meisten hochschulpolitischen Akteur\_innen, wie zum Beispiel dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Eine so gut gesetzlich verankerte Vertretung von Studierenden ist

einzigartig und hilft dabei, Studierende zu vertreten und ihre Interessen durchsetzen zu können.

Selbstverständlich gibt es oft Reibungspunkte mit Ministerien, Rektoraten und auch einzelnen Lehrenden: Möchte die Regierung etwa Studiengebühren einführen oder angehende Studierende durch unnötige Test von einem Studium abhalten, schauen wir als Studierendenvertretung nicht einfach zu, sondern wehren uns dagegen! Sollen Prüfungsantritte gekürzt werden oder werden Studierende in einzelnen Lehrveranstaltungen nicht fair behandelt, ist es die ÖH, die auf der einen Seite aufschreit, auf der anderen aber auch hilft.

Neben all den Punkten, bei denen wir uns oft mit Minister\_innen oder Rektoraten nicht einig sind, gibt es jedoch auch große Gebiete, auf denen wir seit Jahren sehr gut zusammenarbeiten. Wir erarbeiteten gemeinsam die Nationale Strategie zur sozialen Dimension, wir verbessern gemeinsam das Beratungsangebot für Studieninteressierte und wir arbeiten daran die Qualität in euren Studien zu verbessern.

Unsere Aufgabe ist es, hinter den Studierenden zu stehen. Wir studieren selbst auch und kennen die Probleme aus erster Hand. Wir stehen in Kontakt zu Studien- und Hochschulvertretungen, die uns immer

wieder auf wichtige und sehr spezifische Punkte hinweisen, die wir im ersten Augenblick vielleicht übersehen hätten. In unseren Beratungsgesprächen kommen wir immer wieder auf Fälle, wo es Lücken gibt, Probleme oder auch einfach nur einen höheren Informationsbedarf.

Neben der politischen Vertretung aller Studierenden in Österreich, bieten wir auf der ÖH auch ein großes Beratungs- und Serviceangebot in den verschiedensten Bereichen an. So ist es uns z.B. in den letzten Jahren gelungen, abgelehnte Studienbeihilfen für Studierende zurück zu erkämpfen, die Rückzahlung zu hoher Mieten oder ungerechter Kauttionen zu bewirken oder Studierenden die Anerkennung von Prüfungen zu ermöglichen. Auf unserem Schwarzen Brett vermitteln wir seit geraumer Zeit alles mögliche von WG- Zimmern bis Nebenjobs, und letztes Semester wurde der ÖH Reminder neu aufgesetzt, der Studierende an die verschiedensten Fristen erinnert.

Wenn auch du bei irgendwas Hilfe benötigst, dann melde dich bei uns oder bei deiner Vertretung vor Ort. Damit das alles auch in Zukunft funktioniert, damit die ÖH weiter mit einer starken Stimme spricht, musst du aber etwas beitragen: Geh wählen! Lass deine Stimme zählen!

Die Zeit und vieles  
ist gegen uns, aber  
sie soll nicht zer-  
stören dürfen, was  
wir aus ihr heraus-  
retten wollen.

**BILDUNG**



# Ich habe heuer leider keinen Studienplatz für dich!

**Immer mehr Bachelorstudiengänge verlangen die positive Absolvierung einer Aufnahmeprüfung. Doch stellen diese eine notwendige Selektionsfunktion oder doch eher die rigorose Auslese einer Bildungselite dar?**

Als Charles Darwin 1869 den Ausdruck des Survival of the Fittest prägte, bezog er sich vermutlich nicht auf die neuzeitliche Regelung an österreichischen Hochschulen. Doch im Jahr 2019 regieren jene Studierenden das Audimax, die im Kommagenaugen Auswendiglernen und punktgenauen Abrufen detaillierter Informationen die Konkurrenz überbieten können. Rücken Kompetenz und Fachinteresse in den Hintergrund, wenn ein System die Oberhand gewinnt, in dem Gefügigkeit und Ellbogentechnik dominieren?

Im Anschluss an Budgetverhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Universitätenkonferenz wurde kürzlich der Entschluss verkündet, an österreichischen Hochschulen ab dem Wintersemester 2019 weitere Zugangsbeschränkungen einzuführen. Zukünftig fordert der Großteil der österreichischen Universitäten zur Zulassung die vorangehende positive Absolvierung eines Aufnahmeverfahrens. Insgesamt sind 17 Fächer davon betroffen. An der Universität Wien zählen dazu die Studien Chemie, Transkulturelle Kommunikation, Rechtswissenschaften, English and American Studies, Politikwissenschaft, Kultur- und Sozialanthropologie sowie Soziologie. Für die Studiengänge der Wirtschaftswissenschaften, Biologie, Psychologie, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Ernährungswissenschaft, Informatik, Pharmazie und des Lehramts gilt diese Voraussetzung bereits seit längerem.

Eine Statistik des Datawarehouse des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung zeigt, dass die Anzahl der Studienanfänger\_innen in den letzten Jahren tendenziell stark zugenommen hat. Konnten die Universitäten bundesweit im Studienjahr 2000/01 knapp 39.000 Neuzugänge verzeichnen, so waren es im Jahr 2017/18 fast 57.000. Ein Drittel der momentan inskribierten StudentInnen musste sich bereits in einem Aufnahmeverfahren beweisen. Bereits jetzt kann österreichweit mehr als ein Fünftel aller StudentInnen nicht in das von ihnen präferierte

Studium einsteigen. Eine weitere Verschärfung der Aufnahmebedingungen wird dieses Problem zunehmend verschlimmern. In der Frage um das beliebteste Studienfach liefern sich seit Jahren weiterhin Wirtschaftswissenschaften und Jus ein Kopf an Kopf Rennen.

**ZUGANGSMANAGEMENT STATT OFFENE HOCHSCHULE.** Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung begründet die neuen Leistungsvereinbarungen auf seiner offiziellen Website damit, dass „das bestehende Zugangsmanagement weiterentwickelt und insbesondere in sogenannten ‚Massenfächern‘ ausgeweitet [werden soll]. Mit diesem inhaltlichen wie strukturellen ‚Paradigmenwechsel‘ wird von den Universitäten eine deutliche Steigerung der Forschungs- und Lehrleistungen und somit eine höhere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich erwartet.“ Durch die Investition in die Hochschulbildung sollen Verbesserungen der Studienbedingungen und Prüfungsaktivitäten erzielt werden.

Ein weiterer Punkt der aktuellen Leistungsvereinbarungen ist neben den Budgeterneuerungen auch die Autonomie der Universitäten im Bezug auf die Aufnahmekriterien. Denn ab Herbst stehen den Universitäten die selbständige Planung und Regulierung der Zugangsbeschränkungen zu besonders nachgefragten Fächern zu.

Ebenso soll es eine Veränderung des Prüfungsablaufes und der -zusammenstellung bei den ab 2019 verschärften Studienfächern geben. Denn zusätzlich zum herkömmlichen Modus des Aufnahmeverfahrens, bestehend aus mehrteiligen Testfragmenten, soll ein Online-Self-Assessment (OSAS) Einblick in das ausgewählte Studium bieten und als Orientierungsfunktion für Interessierte dienen. Dabei kann den StudentInnen auf Basis verschiedener Aufgaben detaillierte Auskunft über ihre eigenen studienrelevanten Interessen und Fähigkeiten gegeben werden. Magdalena Taxenbacher vom Vorstandsteam der ÖH Uni

Wien äußert sich im Bezug auf die Angebotsform des OSAS skeptisch. Ihrer Meinung nach müsste diese „für alle Studiengänge offen stehen, damit Studierende wissen, worauf sie sich im Studium einstellen können. Dieses Self-Assessment aber als Mittel zum Ausschluss zu verwenden, zeigt, dass es hier nicht darum geht, eine echte Orientierung für Studierende zu bieten“, so Taxenbacher.

Unmut macht sich im Bezug auf den inhaltlichen Aspekt der Prüfung unter anderem an der BOKU Wien breit. Ab Herbst soll nämlich das Studienfach Umwelt- und Bioressourcenmanagement (UBRM) einer Zutrittsbeschränkung unterliegen sein. Nachdem laut Marcus Beringer, Referent für Bildungspolitik der ÖH BOKU, nach Bekanntgabe der neuen Universitätsfinanzierung ein Jahr lang nichts geschehen sei, muss nun bis Ende April ein fertiges Konzept über alle Details der Prüfung feststehen. „Die Vorgabe, in derart kurzer Zeit ein auch nur einigermaßen qualitativvolles Verfahren auszuarbeiten, ist absurd. Dass StudienbewerberInnen die mangelnde Planung auf verschiedenen Ebenen ausbaden müssen, ist unverantwortlich.“, äußert sich Beringer kritisch.

**EFFIZIENZ REGIERT.** Im Universitätsbericht 2017, der Februar letzten Jahres von Wissenschaftsminister Heinz Faßmann präsentiert wurde, werden die Vorzüge der Zugangsbeschränkungen stark hervorgehoben. Dem Bericht zufolge soll eine Evaluierung der Studien mit Aufnahmeregelungen ergeben haben, dass die Zulassungsverfahren reibungsfrei verlaufen seien. Weiters sollen positive Auswirkungen auf den Studienverlauf, die Studienzufriedenheit und die Abschlüsse festgestellt worden sein.

Dies ist vor allem ökonomisch gesehen von Bedeutung. Denn der Entscheidung über die Anzahl der Studierenden wohnt ein nicht übersehbarer wirtschaftlicher Aspekt bei. Was langfristig als Investition in eine gut ausgebildete Gruppe von Arbeitskräften gesehen werden kann, ist erstmal eines: teuer. Denn da öffentliche Hochschulbildung für den die Einzelne\_n

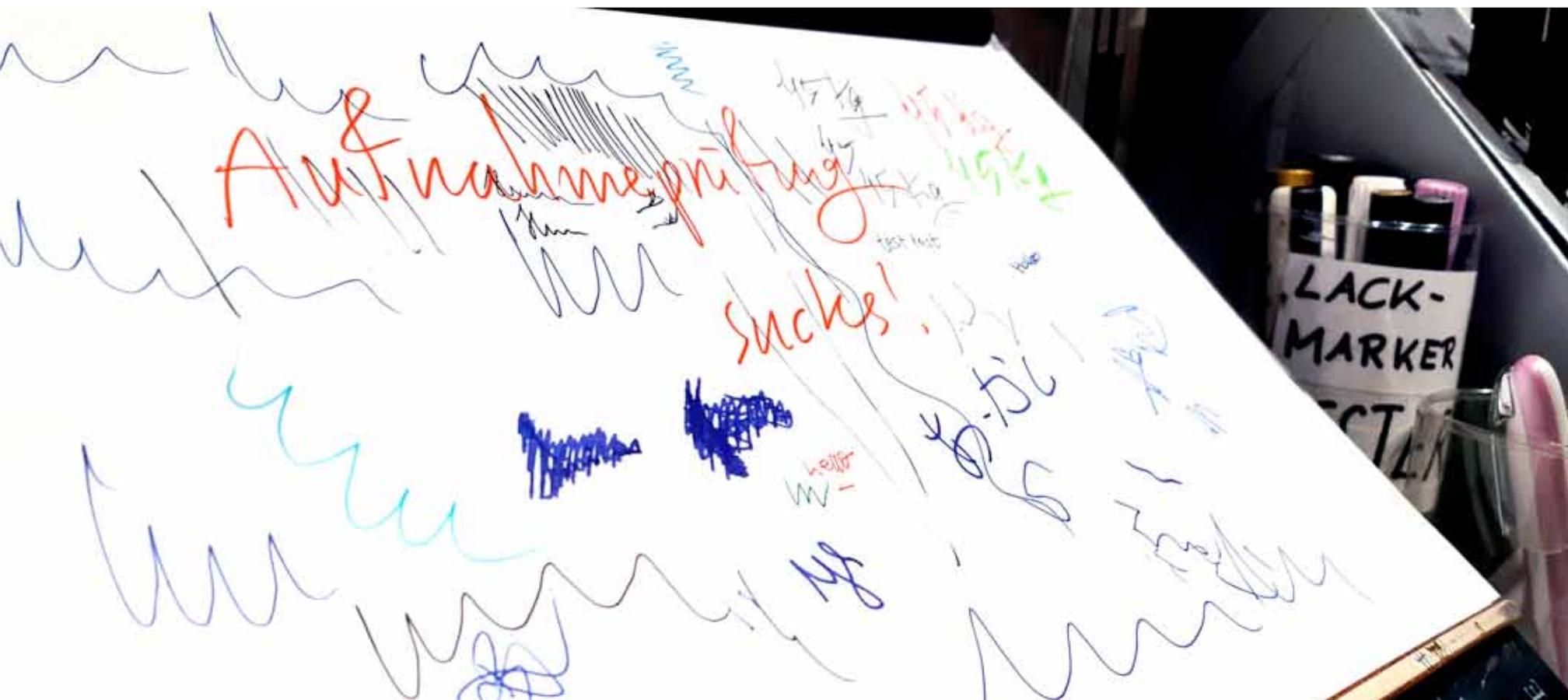


Foto: Mohammad Hossein Mosadegh

(noch) gebührenfrei ist, muss der Staat zunächst die Kosten tragen. Brechen Studierende ihr Studium vorzeitig ab oder werden in einem anderen Berufsfeld tätig, stellt die kostenintensive Ausbildung pragmatisch gesehen nur eine nutzlose Kapitalanlage dar, die sich wirtschaftlich nicht rentiert. Der Versuch, dieses Risiko durch eine limitierte Anzahl an Studienplätzen einzudämmen, wirkt jedoch fragwürdig. Sparmaßnahmen und Budgetknappheit als Erklärungsversuche für die Verschärfungen zu nutzen, ist jedenfalls nicht legitim. Denn mit einer Erhöhung von rund 1,3Mrd Euro wurde zum Jahresende die neue Leistungsvereinbarung für alle 22 Universitäten Österreichs präsentiert. Das landesweite Budget für den Zeitraum 2019 bis 2021 wurde auf 11Mrd Euro aufgestockt. Mit der Budgeterhöhung erhofft sich die stellvertretende Generalsekretärin der WKÖ, Mariana Kühnel, eine klare Leistungssteigerung: „Jetzt gilt es Kurs zu setzen und die gesteckten Ziele bis 2021 zu erreichen, damit die heimischen Universitäten weiter an die Spitze der europäischen Hochschulen herankommen und für Österreich jene Kompetenzen sichern, die es für den Weg in die Zukunft braucht.“

Lena Köhler vom Vorsitzteam der ÖH sieht ein unausweichliches Hindernis bezüglich der angeblich erfolgreichen Eliminierung der Studienplatzprobleme. Ihrer Meinung nach würden sich „wissbegierige Menschen nicht einfach vom Studieren abhalten lassen, sondern dann eben in ein anderes Studienfach wechseln, welches dann wieder als ‚überlaufen‘ gelten wird“. Weiters bemängelt sie: „Anstatt die Studienbedingungen zu verbessern, kommen weitere Hürden und Ausschlüsse. Wir wollen, dass Bildung allen offen steht.“

**KRITIK VON STUDIERENDEN.** Unter den Studierenden stoßen die Vereinbarungen großteils auf Kritik. Andrea Baciu, Studentin der Publizistik und Kommunikationswissenschaft im zweiten Semester, meint etwa: „Zugangsbeschränkungen sind für mich eigentlich nur ein Störfaktor in der uneingeschränkten Studienwahl. Ich bin ziemlich froh darüber, dass

die Aufnahmeprüfung bei uns aus Teilnehmer\_innenmangel abgesagt wurde. Einen Plan B habe ich nicht wirklich gehabt.“ Ein Kriterium, das unter anderem über Bestehen oder Scheitern bestimmen könnte, ist oftmals der enorme Zeitdruck während der Prüfung. Beim Versuch diesen zu überlisten, präferieren viele TeilnehmerInnen stumpfes Auswendiglernen gegenüber verständnisorientiertem Erlernen des Stoffes. Der ehemalige Medizinstudent Hassan Safaverdi ist der Meinung, dass die Aufnahmekriterien sich weder auf Intelligenz, noch Kompetenz stützen. „Schnelligkeit und Stressresistenz gepaart mit Wissen sind die einzig wichtigen Faktoren für das Bestehen des Tests“, so Safaverdi.

Klar ist natürlich, dass der Großteil der Arbeitnehmer\_innen in Österreich nicht aus fertig ausgebildeten, jedoch arbeitslosen, Jurist\_innen, Soziolog\_innen und Blogger\_innen bestehen kann. Die aktuelle Auslesemethode ist allerdings fragwürdig. Zudem kann diese Begründung unter anderem in den Lehramt- oder Medizinstudien nicht validiert werden, in denen Jahr für Jahr verzweifelt versucht wird, den Arbeiter\_innenmangel auszugleichen.

**ALTERNATIVE GESUCHT.** Doch was wären die Alternativen? Das Ziel der Zulassungsprüfungen ist es, die Studierenden pro Fach auf eine sinnvolle und möglichst effiziente Anzahl zu reduzieren. Sprich, wer das Studium beginnt, sollte es nicht vorzeitig abbrechen, es in der Mindeststudienzeit beenden und idealerweise danach einen Job in dem Berufsfeld ergreifen. Um dies zu erreichen, könnten schwierigere STEOP-Prüfungen eingeführt werden. Sind diese, ähnlich wie die Aufnahmeprüfungen, an ein deutlich zu anspruchsvolles Niveau angepasst, fungiert diese Methode zwar ebenfalls als scharfe Auslesefunktion, die nüchtern gesehen die Spreu vom Weizen trennt, doch birgt diese einige Vorteile für alle Parteien. Denn obwohl ein angebrochenes Semester dem Staat natürlich minimale finanzielle Verluste bereiten würde, könnten sich Erstsemestrige bereits vor der Prüfung ein Bild über die Studienrichtung machen

und selbständig die Entscheidung treffen, ob sie sich für diese geeignet sehen. Dies wiederum würde wirtschaftlich als Allokationsfunktion dienen, bei der Student\_innen selbstbestimmt in ein für sie passendes Studium wechseln würden.

Eine andere, verrücktere Option wäre natürlich, Hochschulbudget als Zukunftsinvestition anzusehen, Bildungsinstitutionen auszubauen und notwendigerweise zu erweitern, um Studienfächer für alle uneingeschränkt zugänglich zu machen.

Der Anmeldeprozess für das Aufnahmeverfahren selbst gestaltet sich zunächst recht human: Zwei, beziehungsweise vier Monate stellt die Universität Wien den unschlüssigen Studierenden für das gedankliche Hin- und Her zur Verfügung. Entscheidet man sich dafür, am Aufnahmeverfahren teilzunehmen und die für die Anmeldung obligatorischen 50 Euro, so steht der Teilnahme an der Prüfung nichts mehr im Wege. Weniger behutsam sieht es wenige Monate später aus. Denn die Prüfungsergebnisse für das mit Oktober beginnende Studienjahr werden frühestens Anfang September per Mail verkündet. Durch eine hoch elaborierte Rechenoperation wird erkennbar, dass die Frist zwischen dem Erhalt der Nachricht und Semesterbeginn maximal fünf Wochen beträgt, was eine relativ kurze Zeitspanne für eine komplette Neuorientierung darstellt. Da zu diesem Zeitpunkt bereits alle Prüfungstermine für die Aufnahme in ein alternatives Studium vorüber sind, kommt nur noch eine eingeschränkte Anzahl an Fächern in Frage. Wer jedoch trotzdem an seinem Wunschstudium festhalten will, für den stehen natürlich weiterhin alle Türen offen. Denn mit viel Glück oder Pech findet das ganze Prozedere im darauf folgenden Jahr erneut statt. Diejenigen, für die es da erneut nicht klappt, können ja beim dritten, vierten und fünften Antritt wieder gegeneinander antreten.

*Ines Shubshizky, Studentin der Publizistik und Kommunikationswissenschaft, wäre sehr gerne Psychologiestudentin gewesen.*

# Momo will an die Uni

**Jede\_r hat ein Recht auf Bildung, jedenfalls gilt das für die Österreicher\_innen.  
Doch wie sehen die Bildungschancen für Geflüchtete aus? Haben diese auch dieselben?**

Der Disput zwischen der Caritas und dem niederösterreichischen Landesrat Waldhäusl hat sich weiter zugespitzt. Wären Kinder- und Jugendhilfe nicht erneut eingeschritten, müssten junge Flüchtlinge gegen den Willen der Caritas aus ihrer jetzigen Unterkunft in St. Gabriel ausziehen. Der Landesrat begründete diese Forderung mit der Angabe, die Betreuungskosten seien zu hoch. Bereits Anfang 2016 forderte der damalige FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl eine nächtliche Ausgangssperre für Asylwerber\_innen. Die Niederösterreichische Landeshauptfrau, Johanna Mikl-Leitner von der ÖVP, kritisierte die Vorgehensweise Waldhäusls und gab ihm eine „letzte Chance“.

Bei dieser Aufregung bleibt das Wohl der jungen Geflüchteten auf der Strecke. Viele haben ohnehin Probleme, die deutsche Sprache zu lernen und sich im österreichischen Bildungssystem zurecht zu finden. Dem österreichischen Bundesministerium für Inneres zufolge stammten die meisten Asylanträge im Jahr 2017 von Syrer\_innen und Afghan\_innen. Sowohl Syrer\_innen als auch Afghan\_innen stammen aus sehr unterschiedlichen Kulturen und ihre Amtssprachen unterscheiden sich stark von Deutsch. Die kulturelle und sprachliche Differenz stellt für die Geflüchteten große Hürden dar, beispielsweise beim Erlernen des lateinischen Schriftsystems.

In Wirklichkeit spielt Bildung einen zentralen Aspekt bei der Integration. Sie sorgt für die Vermittlung der hiesigen Werte und Normen und ermöglicht eine größere Teilnahme an der Gesellschaft. Schulkenntnisse nehmen eine Schlüsselrolle bei der Entfaltung der Talente und bei der Einbringung der Fähigkeiten in

die Gesellschaft ein. Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, die auch von Österreich ratifiziert worden ist, sieht Bildung als grundlegendes Menschenrecht an. Unabhängig von der Herkunft und von dem Bildungsabschluss der Eltern sollte das System jedem Menschen dieselben Bildungschancen ermöglichen. Diese Voraussetzung ist essentiell, denn wer keine Perspektiven hat, hat auch keinen Ansporn. Die Integrationsfrage ist also auch gleichzeitig eine Bildungsfrage. Doch wie sehen denn die Bildungschancen für Flüchtlinge in Österreich aus?

**VIELE NAMEN, ANDERE BEDINGUNGEN.** Zunächst muss zwischen Asylwerber\_innen und Asylberechtigten (bzw. subsidiär Schutzberechtigten) unterschieden werden. Mit positiver Erledigung des Asylverfahrens werden Asylwerber\_innen zu -berechtigten und haben – unter anderem – freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Asylwerber\_innen haben in Österreich zunächst lediglich ein Recht auf die Grundversorgung. Diese garantiert ihnen die Sicherung eines bescheidenen Lebensunterhalts und fällt unverkennbar geringer aus als jene Sozialleistungen, die an einen Aufenthaltstitel geknüpft sind. Für Asylwerber\_innen in organisierten Unterkünften werden etwa 20 Euro pro Tag für Verpflegung und Unterbringung gezahlt. Dieses Geld fließt dann üblicherweise direkt an die Unterbringungseinrichtung. Daneben erhalten die Asylwerber\_innen etwa 40 Euro im Monat für alle weiteren persönlichen Ausgaben. Für selbstständig wohnende Asylwerber\_innen gibt es etwa 320 Euro im Monat für Miete, Verpflegung und Ähnliches. Dabei muss auch bewiesen werden, dass Miete bezahlt wird. Bei

Kindern werden die Kosten für die Schulutensilien übernommen.

Unbegleitete Minderjährige, die einen Asylantrag stellen, gelangen zunächst in eine Sonderbetreuungsstelle des Bundes und werden dann später zu Betreuungseinrichtungen in den Bundesländern zugewiesen. Diese Einrichtungen können Pflegefamilien, Wohngruppen, betreute Wohneinrichtungen oder Wohnheime sein. Der Kostenbeitrag für die Unterbringung liegt je nach Bundesland zwischen 40,50 Euro und 95 Euro. Dieser Betrag fällt im Vergleich zu Tagessätzen für österreichische Kinder und Jugendliche deutlich geringer aus, denn diesen stehen mindestens 120 Euro zu.

Bis zum 15. Lebensjahr herrscht in Österreich Schulpflicht und daher müssen auch minderjährige Asylsuchende in die Schule. Allerdings wird es für Jugendliche, die sich danach noch im Asylverfahren befinden, schwierig, ihre Schulbildung fortzusetzen. Es besteht für weiterführende Schulen wie HTL oder AHS keine Pflicht, diese Jugendlichen aufzunehmen.

Für Bildungseinrichtungen gibt es die Möglichkeit, ein Kind als außerordentliche/n Schüler\_in einzustufen, wenn es über keine ausreichenden Deutschkenntnisse verfügt. Im Rahmen dieser Möglichkeit können außerordentliche Schüler\_innen am gewöhnlichen Klassenunterricht teilnehmen, werden allerdings nur bei zumutbaren Fächern bewertet. Das heißt, die Kinder erhalten keine Note bei Prüfungen, die ohne Deutschkenntnisse nicht positiv absolviert werden können. Ob dieses Kind in die nächste Klasse aufsteigt, hängt vom Einverständnis der Schulleitung ab.

**BILDUNGSWEGE IN ÖSTERREICH.** Welche Bildungsmöglichkeiten haben Jugendliche über 15 Jahren?

Grundsätzlich unterscheidet sich das Angebot je nach Bundesland. Häufig mangelt es an Plätzen in den Schulen und der Aufenthaltsstatus spielt dabei eine große Rolle. Bei anerkannten Flüchtlingen gilt die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre. Sogenannte Alphabetisierungs- und Basisbildungskurse sollen Jugendlichen, die zuvor keinen ausreichenden Zugang zu Bildungseinrichtungen gehabt haben, Grundwissen wie Lesen und Schreiben vermitteln.

Momo ist einer dieser minderjährigen Jugendlichen. Der 17-Jährige ist vor etwas mehr als einem Jahr nach Österreich gereist. „In Afghanistan konnte ich nicht mehr bleiben“, erzählt er, zu groß war das Risiko, als Opfer eines Terroranschlags zu enden. Aus diesem Grund hat er damals als 16-jähriges Kind die lebensgefährliche Odyssee nach Europa auf sich genommen. Noch immer hat er kein Asyl bekommen. Dabei verbessern sich seine Deutschkenntnisse stetig, auch wenn er noch Probleme mit der Satzstruktur hat, kann er gut auf Deutsch kommunizieren. Derzeit besucht er die Handelsakademie des Berufsförderungsinstituts in Wien und erhält nach der Schule zusätzlichen Deutschunterricht. Nichtsdestotrotz benötigt er noch weitere Förderung, da laut seiner Lehrerin seine „Deutschkenntnisse für einen Abschluss noch nicht ausreichen“. Er besucht eine sogenannte Integrationsklasse, die hauptsächlich aus jüngeren Schüler\_innen besteht, deren Deutsch ebenfalls Mängel aufweist. Die Lehrerin ist überzeugt, „er benötigt mehr Übung und



eine Person, die ihn unterstützt“. Momo wohnt in einer WG und ist größtenteils auf sich alleine gestellt. Es kommt öfters vor, dass Momo den Unterricht nicht besuchen kann, weil er zu seinen Behördenterminen gehen muss. Die Unsicherheit darüber, welchen Ausgang sein Asylantrag nehmen wird, setzt den Jugendlichen zusätzlich unter Stress.

**VIELE ANSÄTZE, KEINE LÖSUNGEN.** Nichtsdestotrotz schätzt der Afghane die Unterrichtseinheiten und die Fördergelder, die ihm diese schulische Ausbildung ermöglichen. In Wien und in ganz Österreich gibt es mehrere Projekte, die auf die Bildung von Asylwerber\_innen ausgerichtet sind. So etwa das Jugendcollege, welches aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Arbeitsmarktservice (AMS) Wien, der Magistratsabteilung 17 und dem Fonds Soziales Wien (FSW) mit Unterstützung des Wiener Arbeitnehmer\_innen Förderungsfonds (waff) kofinanziert wird. Das Jugendcollege zielt darauf ab, den jungen Geflüchteten ein vorbereitendes Bildungsangebot für die weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung anzubieten.

Das Projekt „Interkulturelles Mentoring für Schulen“ an der Universität Wien fördert kulturelle und sprachliche Vielfalt in Klassenzimmern, indem es Mentor\_innen und Schüler\_innen

mit ähnlichem sprachlich-kulturellen Hintergrund vernetzt. Diese ehrenamtlichen Mentor\_innen setzen sich auch für die Bildung von Flüchtlingen ein. Die Leiterin des Projekts, Susanne Binder, kritisiert den Zeitdruck, unter dem Jugendliche stehen, die nicht mehr in einem schulpflichtigen Alter sind. „Sie brauchen oft auch mehr Zeit, um anzukommen und sich mit der neuen Situation in dem Land und der Schule zurechtzufinden. Vertrauenspersonen wie etwa Mentor\_innen können hier viel bewirken“, so Binder. Das Problem dabei liegt wohl nicht an der Zahl der Förderprojekte, sondern schlichtweg am Bildungssystem. Der ehemalige Mentor des Interkulturellen Mentoring Programms und Bildungsforscher Ralph Chan sieht die Bildungschancen für Flüchtlinge schlecht. Diese würden „vom System mit ihren Problemen, seien sie sprachlich oder psychisch, alleine gelassen“, so Chan. Viele asylwerbende Jugendliche scheitern häufig am Notensystem und kommen nicht in die nächste Klasse, obwohl sich ihr Wissen vermehrt und ihr Deutsch verbessert. Dabei strebt Momo genauso wie seine Gleichgestellten den Abschluss an, sein Ziel ist es an die Universität zu gehen und Medizin zu studieren.

**GROSSE HÜRDEN FÜR ASYLWERBER\_INNEN.** Grundsätzlich gilt in Österreich: jede Person mit Hoch-

schulreife kann studieren. Allerdings gibt es viele Hürden, die von Asylwerber\_innen bewältigt werden müssen. Perfekte Englischkenntnisse reichen gewöhnlich nicht aus, es werden fortgeschrittene Sprachkenntnisse (Level C1) in Deutsch verlangt. Außerdem können sich Asylwerber\_innen das Studium oft gar nicht leisten, da Studierende in Österreich allgemein keinen Anspruch auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung haben. Diese Geldquelle ist für viele überlebensnotwendig. Außerdem gibt es für einige Studiengänge Aufnahmeverfahren, die auf deutliche Aussieben ausgerichtet sind.

**PROBLEM: ANERKENNUNG VON ABSCHLÜSSEN.** Allgemein gibt es auch die Möglichkeit der Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Die österreichische Gesellschaft für Europapolitik hält jedoch fest: „Bildungsabschlüsse, die in Drittstaaten erworben wurden, werden in Österreich kaum anerkannt. Nostrifizierungen sind kompliziert und komplex“.

Nichtsdestotrotz existieren einige Projekte, die Geflüchteten den Zugang zu den Universitäten erleichtern wollen. Beispielsweise ermöglicht die Flüchtlingsinitiative More der Österreichischen Universitätenkonferenz (Uniko) den Zugang zu ausgewählten Lehrveranstaltungen an staatlichen Universitäten.

Zunächst haben Teilnehmer\_innen den Status der außerordentlichen Studierenden, doch können sie eventuell im weiteren Verlauf auf ein ordentliches Studium umsteigen. Die Präsidentin der Uniko, Eva Blimlinger, hebt die Verantwortung hervor, die Universitäten im Rahmen von gesellschaftlichen Herausforderungen haben. Sie übte auch Kritik an den Äußerungen des Innenministers, Herbert Kickl (FPÖ), in Bezug auf die Nichteinhaltung der Europäischen Menschenrechtskonventionen und der Genfer Flüchtlingskonvention. Es „gehört jedenfalls, die Menschenrechte für alle zu garantieren, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Herkunft, unabhängig ob Flüchtling oder Migrantin und Migrant“, so Blimlinger.

Schlussendlich wird klar, dass die Bildungschancen für Geflüchtete noch unzureichend sind. Es scheint, als ob Asylwerber\_innen dieselben Ausbildungsmöglichkeiten wie jede andere Österreicher\_in hätten, doch in Wirklichkeit haben sie nicht die gleichen Ressourcen. Finanzielle, sprachliche und strukturelle Mängel sorgen dafür, dass keineswegs dieselben Bildungschancen existieren. Da muss noch viel getan werden.

*Atahan Demirel studiert Internationale Betriebswirtschaftslehre in Wien*

# Politik, die wirkt. Service, das hilft.

**Die ÖH ist nicht nur politische Ansprechpartnerin in Hochschulfragen, sondern auch Anlaufstelle für alle Studierenden, die mit Ungerechtigkeiten und Rechtslücken kämpfen. Zwei Beispiele aus dem Sozialreferat.**

**STUDIENBEIHILFE WIRD ZURÜCKGEFORDERT?** Elsa\* erhält einen Bescheid der Studienbeihilfenbehörde. Sie soll über € 2.000 an bezogener Studienbeihilfe zurückbezahlen. Ihr Studium hat Elsa seit Längerem abgeschlossen. Begründet wird die Rückforderung damit, dass sie in den letzten sieben Monaten ihres Studiums neben dem Bezug der Studienbeihilfe zu viel verdient hätte. Daher wird die gesamte während dieser Zeit bezogene Studienbeihilfe zurückgefordert.

Über die Rückforderung überrascht, wendet sich Elsa mit der Bitte um Hilfe an die Österreichische Hochschüler\_innenschaft (ÖH). Die ÖH unterstützt bei der Erstellung des Rechtsmittels. Die sogenannte „Vorstellung“ muss innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Bescheides erhoben werden.

Grundsätzlich beträgt die Zuverdienstgrenze neben dem Bezug von Studienbeihilfe für ein Kalenderjahr € 10.000. Diese Grenze verringert sich aliquot, wenn nicht während des gesamten Jahres Studienbeihilfe bezogen wird. Ein diesen Betrag übersteigendes Einkommen reduziert den Anspruch auf Studienbeihilfe. Wichtig ist aber, dass Einkünfte in Monaten, in denen keine Studienbeihilfe bezogen wird, außer Betracht bleiben.

Im betreffenden Kalenderjahr bezog Elsa sieben Monate Studienbeihilfe. Danach wurde die Studienbeihilfe eingestellt, weil sie ihr Studium abschließen konnte. Die Zuverdienstgrenze reduzierte sich von € 10.000 auf € 5.833 (7 von 12 Monaten). Es sind ausschließlich Verdienste in den relevanten sieben Monaten zurückzuzahlen, die diese Grenze überschreiten. H verdiente etwa 6.600 Euro während dieser Zeit.

Schon nach wenigen Tagen erhält H einen neuen Bescheid der Studienbeihilfenbehörde. Bei der Berechnung des Rückforderungsbetrages bleiben nun Monate, in denen keine Studienbeihilfe bezogen wurde, außer Betracht.

Durch die ÖH erkämpft: Die Studienbeihilfenbehörde korrigiert ihre Berechnung und reduziert die Rückforderung von € 2.000 auf etwa € 800 Euro.

**FAMILIENBEIHILFE - AUCH FÜR EU-AUSLÄNDER\_INNEN!!** Die aus dem EU-Ausland stammende Studierende Katja\* lebt seit einigen Jahren in Österreich. Bei der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft (ÖH) lässt sie sich zu ihren Fördermöglichkeiten beraten.

Katja zieht im Herbst 2014 für ihr Studium nach Österreich. Ein Jahr später beginnt sie neben dem Studium zu arbeiten und erhält sich seither durch Gehälter und Ersparnisse selbst. Je nach Bedarf und Vereinbarkeit mit dem Studium arbeitet sie zwischen 8 und 25 Wochenstunden. Ihre Eltern leben in der Heimat und haben ein sehr geringes Einkommen. Seit Herbst 2015 erhält Katja gar keinen Unterhalt mehr von ihren Eltern. Katja studiert zielstrebig und befindet sich inzwischen im 7. Semester ihres Bachelorstudiums.

Im Sozialreferat der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft (ÖH) wird ihr empfohlen beim Wohnsitzfinanzamt einen Antrag auf Familienbeihilfe zu stellen. Die ÖH unterstützt mit einer erläuternden rechtlichen Stellungnahme zu ihrem Antrag. Als Nicht-Österreicherin ging Katja stets davon aus, keinen Anspruch auf Familienbeihilfe zu haben.

Da Katja seit der Aufnahme ihres Jobs vollständig selbst für ihren Unterhalt sorgt, erfüllt sie die Anspruchsvoraussetzungen für einen Eigenanspruch auf Familienbeihilfe. Wenn die Eltern überwiegend die Unterhaltskosten für ihre studierenden Kinder finanzieren oder die Studierenden noch zuhause

wohnen, haben grundsätzlich die Eltern den Anspruch auf Familienbeihilfe, wenn diese selbst den gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben. Studierende, deren Eltern ihnen keinen oder nicht überwiegend Unterhalt leisten, können aber für sich selbst Familienbeihilfe beziehen, wenn diese für ihren Unterhalt (überwiegend) selbst aufkommen. In diesen Fällen ist der gewöhnliche Aufenthalt des oder der Studierenden im Inland und nicht der ihrer Eltern relevant. Damit sollen Studierende unterstützt werden, die sich überwiegend selbst erhalten müssen, unabhängig davon, ob sich die Eltern die finanzielle Unterstützung ihrer Kinder nicht leisten können oder eine solche einfach verweigern. K kann auch Familienbeihilfe für die Vergangenheit beantragen, da die Familienbeihilfe bis zu fünf Jahre rückwirkend geltend gemacht werden kann.

Durch die ÖH erkämpft: Katja erhält € 7.200 an Familienbeihilfe rückwirkend für die letzten 37 Monate ausbezahlt.

Weitere Erfolge aus der Beratung unter [www.oeh.ac.at/geschafft](http://www.oeh.ac.at/geschafft)

*\*Name von der Redaktion geändert.*

**dossier**

**Nationalismus und EU**



# Europa kann mehr als nur Wirtschaftsunion!

Von rechts bedroht, von links verschmäht, von den Briten verlassen:  
Was hat diese EU ihren Bürger\_innen eigentlich anzubieten?

Irgendwie, so ist man dieser Tage geneigt zu denken, läuft's nichts so ganz rund. Friede und Freiheit, Wohlstand und ein gutes Leben für alle; mit diesen Visionen ist das Staatengebilde namens Europäische Union einst an den Start gegangen. Nun ja, „wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“, soll Franz Vranitzky einmal gesagt haben. Die EU krankt. An dem Verlust einer ihrer bedeutendsten Mitgliedstaaten – das Vereinigte Königreich. An einem Konflikt zwischen „Nord“ und „Süd“ und einem zwischen „West“ und „Ost“. Oder allgemeiner vielleicht an einer Art allumfassenden Orientierungslosigkeit: Wo wollen wir hin – und wie?

Zumindest dem äußeren Anschein nach ist man sich auf Seiten der Rechten und radikalen Rechten weitestgehend einig: Eine Stärkung des Nationalstaates soll es sein. Zahlreiche Kompetenzen sollen von Brüssel in die jeweiligen Landeshauptstädte wandern, allen voran die Souveränität über die eigenen Außengrenzen. Die Fraktion der Nationalkonservativen und extremen Rechten innerhalb des Europäischen Parlaments, „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), darf sich berechtigte Hoffnungen machen, dass ihre Anliegen auf institutioneller Ebene demnächst mehr Gehör finden. Vom 23. bis zum 26. Mai sind 450 Millionen Europäer\_innen zum 9. Mal aufgerufen, ein Europäisches Parlament zu wählen – das erste Mal ohne Brit\_innen. Laut aktuellsten Umfragen (Jänner 2019) wird sich die Sitzanzahl der ENF im Mai fast verdoppeln.<sup>1</sup> Von 1994 bis zur Wahl 2009 hatten nationalkonservative und rechtsextreme Kräfte im Europäischen Parlament beständig an Boden verlor-

ren.<sup>2</sup> Seither schwingt das politische Pendel in die Gegenrichtung.

**„NATIONALIST\_INNEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!“** Im August 2018 hat sich der ehemalige Chefstrategie Donald Trumps und Ex-Breitbart-Herausgeber Steve Bannon in Brüssel ein schmuckes Büro einrichten lassen. Das Ziel seiner Initiative „Die Bewegung“: Die Koordination und Organisation rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte innerhalb Europas. Oder kurz: die Zerstörung der EU, wie Bannon selbst in mehreren Interviews verlautbaren lies.<sup>3</sup> Doch so einfach wie Bannon sich das offenbar vorstellt, ist die „Vereinigung der Nationalist\_innen aller Länder“ wohl doch nicht. Bei genauerem Hinsehen ist die Harmonie innerhalb der europäischen Rechten eben doch nur eine scheinbare. Der Grundkonsens – mehr nationale Souveränität, weniger Migration – trägt eben im Namen, dass er sich nur schwierig mit anderen nationalen Interessen vereinbaren lässt. Bis auf die Niederlande und Italien stieß Bannon mit seiner „Bewegung“ bisher auf wenig positive Resonanz.

Inwieweit sich das Kräfteverhältnis tatsächlich nach rechts verschoben wird, ist derzeit schwer auszumachen. Fest steht, dass die „Mitte“, also die konservative EVP sowie die Sozialdemokrat\_innen, im Mai wohl herbe Verluste einfahren werden. Wäre morgen EP-Wahl, konstatiert die konservative deutsche Konrad-Adenauer-Stiftung „hätte eine Große Koalition aus EVP und Sozialdemokraten keine Mehrheit“.<sup>4</sup>

Und vielleicht liegt auch gerade hier der Hund begraben. Wie auch immer

man zur EU stehen mag, es gibt wohl kaum jemanden, der die von sich behaupten würde, für dieses Staatengebilde in seinem derzeitigen Zustand vollends zu „brennen“. Was ist der Kitt, der diese Union zusammenhält? Egal wie dieser aussehen mag, besonders attraktiv scheint er derzeit nicht zu sein: Läppische 42,6 Prozent der Wahlberechtigten fanden bei den letzten EP-Wahlen 2014 auch wirklich den Weg zur Urne. In Österreich waren es 45,4 Prozent, in der Slowakei gerade einmal 13 Prozent.

Das verwundert kaum, sind die Anreize zur Wahl zu gehen entsprechend gering. Eine „gemeinsame“ Union ist – trotz allen verlautbarten Ehrgeizes – bis dato noch nicht weit über einen gemeinsamen Binnenmarkt hinausgekommen. Was der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors schon 1992 prophezeite, gilt auch heute noch: „Niemand verliebt sich einen Binnenmarkt“.<sup>5</sup> Das Europäische Parlament selbst genießt Kompetenzen, die weit unterhalb einer jeden anderen demokratischen Vertretung diesen Typs liegen; besitzt beispielsweise kein Initiativrecht, mit welchem es eigene Gesetzesvorschläge einbringen könnte, oder keine entsprechenden Instrumente um die Exekutive wirklich in die Schranken weisen zu können.

**DAS PROBLEM IST DER STATUS QUO.** Nach wie vor dürfen bei dieser europäischen Wahl nur nationale Listen gewählt werden. Ein entsprechender Antrag von Sozialdemokrat\_innen, Grünen und Liberalen wurde noch im Februar 2018 abgelehnt.<sup>6</sup> Vor allem die konservative EVP-Fraktion wehrte sich

vehement gegen eine entsprechende Änderung des Wahlrechts.

Vielleicht hat Jürgen Klute, bis 2014 Mitglied des EU-Parlaments, Recht, wenn er meint, dass „die im Erscheinungsbild zunächst weniger radikal rechten Bestrebungen im Blick auf die weitere Entwicklung der EU das größere Problem zu sein scheinen“. Vielleicht ist nicht der prognostizierte Rechtsruck die Gefahr, sondern genau der status quo. Oder anders gefragt: Wie ist diese Union zu dem geworden, was sie gerade ist?

Über den Status einer Wirtschaftsunion ist dieses Staatengebilde bis heute kaum hinausgekommen. Gemeinsame sozialpolitische Standards, einen europäischen Mindestlohn oder eine tatsächliche demokratische Vertretung – eine explizit politische Union sucht man bis heute vergeblich. Auch innerhalb der Linken, auch innerhalb der GUE/NGL-Fraktion, gibt es daher zahlreiche Stimmen, die einen dezidiert antieuropäischen Ton anschlagen.

„Ohnehin“, so erklärt die Europaexpertin Ulrike Guérot in einem Interview, „haben wir das Links-Rechts-Schema ersetzt durch die Frage: ‚Wie hältst du's mit Europa?‘“.<sup>7</sup> Der Graben verlaufe demnach nicht zwischen dezidiert „linken“ und „rechten“ Kräften, sondern zwischen jenen, die mehr Europa fordern und jenen, die mehr Nationalstaat wollen. Exemplarisch lässt sich diese Entwicklung am Brexit skizzieren: Die Konfliktlinie um den EU-Austritt verläuft nicht etwa zwischen Tories und Labour, sondern eine jede der Parteien ist in sich gespalten zwischen „leave“ und „remain“.



Mit Blick auf die Europawahl im Mai stellt das die europäische Linke vor gewisse Herausforderungen: Wie kann diesen diversen im Aufwind begriffenen nationalistischen Strömungen begegnet werden? Mit einer Union, die gemeinhin als „unreformierbar“ gilt, als undemokratisches wie technokratisches Dickicht und Walhalla der Lobbyist\_innen – und die es nach Ansicht einiger Linken auch gar nicht wert ist zu reformieren? Auf den Nenner gebracht, könnte man wohl fragen: Wie kann ein linker Entwurf für Europa aussehen?

**EUROPA? HAUPTSACHE ANDERS.** Zumindest – und das ist durchaus positiv – gibt es derzeit einige Vorschläge. Auch wenn diese nicht immer besonders wohlwollend klingen mögen. Auf die Herausforderungen der Neoliberalisierung der letzten Jahrzehnte sowie soziale und ökologische Krisen habe „die heutige EU und die drei sie beherrschenden Parteien, die Konservativen, die Sozialdemokratie und die Liberalen“ keine adäquaten Antworten mehr, erklärt etwa Florian Birngruber, Sprecher der KPÖ. Entgegen dem Rechtsruck, der Militarisierung und einer Politik der Abschottung will man als KPÖ, die als Teil der Europäischen Linken ins EU-Parlament einziehen will, „soziale und ökologische Menschheitsfragen in den Mittelpunkt“ stellen. Hierfür fordere man „nicht weniger als einen Neustart auf Grundlage eines neuen, demokratischen Vertragswerkes“.

Deutlich optimistischer, der EU deutlich wohlgesinnter ist man da bei der transeuropäischen Bürger\_inneninitiative „Pulse of Europe“. Sonntag-

nachmittag kurz vor 14 Uhr werden hier vor der Karlskirche EU-Fahnen geschwenkt, EU-Luftballons aufgeblasen, Flyer verteilt und diskutiert – um den „echten europäischen Geist“ wiederaufleben zu lassen, wie Sprecherin Elisabeth Rödler erklärt. Als überparteiliche Initiative will man sich auf keinen wirklich klaren politischen Kurs festlegen – was zählt ist „mehr Europa!“. Wie dieses Europa denn aussehen soll? Genau das wolle man „zur Debatte stellen“, wie Rödler erklärt. Als eine der Kernforderungen von „Pulse of Europe“ gilt daher, im Mai 2019 deutlich mehr Menschen an die Urne zu bringen als noch im Jahr 2014, um den Menschen zu zeigen: „Europa geht mich auch was an!“.

Als „Europas erste transnationale Partei“ geht das um DieM25 herumorganisierte Wahlbündnis „European Spring“ an den Start. Zwar hat sich auch dieses, wie jede andere Liste, an das europäische Wahlrecht zu halten, doch versucht man es hier durch die transnationale Hintertür: Jede der insgesamt acht nationalen Listen ist mit internationalen Kandidat\_innen besetzt. So kandidiert beispielsweise auf Platz 1 der deutschen Liste der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. Hinter ihm folgt die in Wien lebende Daniela Platsch. Da es keine entsprechende österreichische Liste gibt, buhlt sie gemeinsam mit ihrem Team vom „Wandel“ vor allem um die Gunst der deutschen Wähler\_innenschaft. Oder wie es auf einem ihrer Plakate heißt: „Piefke, Europa braucht dich!“.

„Bei der EU-Wahl im Mai“, so erklärt die auf Platz 2 gelistete Platsch,

„haben wir endlich die Chance, ein tatsächlich grenzübergreifendes Demokratieprojekt ins EU-Parlament zu bringen“. Die Vision des European Spring, „ein neuer Deal für Europa“, trägt man entsprechend selbstbewusst vor sich her, denn diese sei „mit Sicherheit mehrheitsfähig“. „So eingestrotet wie die etablierten Parteien denkt ja heute kein Mensch mehr“, findet Platsch. Aber aus der „Sackgasse der etablierten Politik“ komme man eben nicht von alleine raus. Was zählt sei, dass „wir unseren Hintern hochkriegen und uns über alle Grenzen hinweg organisieren“.

**EINE VISION, EINE UTOPIE FÜR EUROPA!** Den „Etablierten“ gegenüber ähnlich konfrontativ gestimmt ist man auch bei den österreichischen Grünen, die mit Werner Kogler als Spitzenkandidaten in den Ring steigen. Man wolle, so Kogler, „Europa gegen die alten Nationalisten und die neuen Rechtsextremen verteidigen“ und stellt sogleich klar: „Jede Stimme für Türkis ist eine nicht-europäische Stimme“. „Ernsthafter Umwelt-, Natur- und Klimaschutz“, erklärt der Bundessprecher der Grünen, sei eine „Überlebensfrage, die nur gesamteuropäisch angegangen werden kann“. Dementsprechend setze man sich für ein „ökologisch nachhaltiges und sozial gerechtes Europa“ ein.

So präsent und laut die Forderung der Nationalist\_innen nach einem Europa der Nationalstaaten auch sein mag: Es gibt durchaus linke, progressive Alternativen, die eigene, konstruktive Entwürfe hervorbringen. Ihnen allen gemein ist die Forderung nach einer politischen Union, einem Europa, das

mehr ist als ein Konglomerat verschiedenster nationaler Interessen, das nicht nur für Konzerne, sondern auch für seine Bürger\_innen ein offenes Ohr hat. Ihnen zu Grunde liegt die Idee, dass die EU ihre Zukunft im Transnationalen zu suchen hat, dass ein solches Staatengebilde ihre Politik auf die europäische Ebene verlagern muss – insbesondere in Zeiten, in denen die Wirtschaft die nationale Ebene schon längst verlassen hat. Vielleicht braucht es mehr als nur die eingangs erwähnte europäische Vision. Vielleicht braucht es – wenn man das so nennen will – eine Utopie.

<sup>1</sup> <https://www.foederalist.eu/p/europa-wahl-umfragen.html>

<sup>2</sup> <https://die-zukunft.eu/der-rechtsdrall-in-europa-und-die-gegenbewegungen>

<sup>3</sup> <https://www.nzz.ch/international/wer-hat-angst-vor-steve-bannon-ld.1449491>

<sup>4</sup> <https://www.kas.de/einzeltitel/-/content/evp-parteienbarometer-oktober-november-2018>

<sup>5</sup> <https://www.nzz.ch/articlef-Opt6-1.132729>

<sup>6</sup> <https://diepresse.com/home/ausland/eu/5367849/Keine-grenzenlose-Europa-wahl>

<sup>7</sup> <https://die-zukunft.eu/wir-haben-das-rechts-links-schema-ersetzt-durch-die-frage-wie-haeltst-dus-mit-europa>

Johannes Greß studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

# UNION, EURASIEN, ABENDLAND

**DAS EUROPA-BILD DER (NEUEN) RECHTEN IST GEPRÄGT DURCH DIFFUSE KAMPFBEGRIFFE UND DIE ABLEHNUNG DER EUROPÄISCHEN UNION. EIN ÜBERBLICK.**



Es war Mitte Februar dieses Jahres, als der ungarische Premier Viktor Orban die Europäische Union in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation massiv angriff. Orban, der von Rechten in ganz Europa als Vorreiter einer autoritären Wende neidisch beäugt wird, sprach von der anstehenden EU-Wahl als „letzte Schlacht“ gegen jene „Hochburg der Internationalen“<sup>1</sup> in Brüssel, die mit Hilfe ihrer migrationsfreundlichen Politik die Zersetzung des christlichen Europas vorantrieben würde. Die Mobilisierung antikommunistischer Ressentiments mag bei Vertreter\_innen der Neuen Rechten ein eher osteuropäisches Spezifikum sein, die feindliche Haltung gegenüber der Europäischen Union ist es nicht. Im politischen Milieu der Neuen Rechten ist „die ablehnende Haltung gegen die Europäische Union, ihre Institutionen und Regeln wesentlich verbreitet“<sup>2</sup>, wie der deutsche Politikwissenschaftler Volker Weiß ausführte. Die Union steht für einen den Rechten tief verhassten Liberalismus, Minderheitenrechte und „Gleichmacherei“. Nicht zuletzt äußert

sich das in schmähenden Wortkreationen wie „Gayropa“ oder „EUSSR“. Als Gegenbild dazu wird, zum Beispiel von den Identitären, eine „jahrtausendealte Völkerfamilie Europas“ heraufbeschworen und zur Verteidigung eines „gemeinsamen abendländischen Wertekanons“<sup>3</sup> aufgerufen. Wie schwammig und ahistorisch solche Begriffe – auf die sich das Europa-bild der Neuen Rechten stützt – sind, wird besonders anhand des Begriffs Abendland deutlich.

**MYTHOS ABENDLAND.** Ob als Teil eines FPÖ-Wahlslogans, als zentrales Narrativ der neofaschistischen Identitären oder als namensgebendes Element für PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) – der Begriff vom Abendland scheint seit einigen Jahren zunehmend strapaziert zu werden, wenn Rechte über Europa sprechen. Dabei ist der Begriff an sich so alt, wie er inkonsistent ist. In seinem äußerst lesenswerten Buch „Die Autoritäre Revolte“ beleuchtet Volker Weiß die überaus wandelbare Geschichte eines Be-

griffs, der vor allem während der vergangenen 100 Jahren eine Renaissance erlebt hat.

Heute dient der Begriff Abendland in der Rhetorik der Neuen Rechten vor allem zur Abgrenzung von seinem vermeintlich islamischen Pendant, dem Morgenland. Dabei wurde der einst vordergründig religiös geprägte Begriff im Sprachgebrauch der Neuen Rechten kontinuierlich verfälscht. Die Geburtsstunde des Abendland-Mythos ist zurückzuführen auf das („morgenländische“) Schisma des Jahres 1054, also die Spaltung des christlichen Europas in einen römisch-katholischen West- und einen orthodoxen Ost-Teil. Dem römisch-katholischen Abendland im Westen stand fortan der byzantinische Osten entgegen. Dieser umfasste auch Länder wie Ungarn und große Teile des Balkans. Über die Jahrhunderte erfuhr der Begriff mehrere Bedeutungsver-schiebungen, wobei er vor allem ab dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder an Popularität gewann. Zu dieser Zeit wurde der Begriff etwa von Oswald

Spengler – einer Ikone der Neuen Rechten – ebenso aufgegriffen wie von vielen anderen, um gegen die junge Sowjetunion im Osten bzw. den Liberalismus im Westen zu mobilisieren. Auch im Faschismus und Nationalsozialismus fand der Begriff Gebrauch. Dass man es mit der religiösen Bedeutung inzwischen nicht mehr so genau nahm, zeigt unter anderem der Einsatz von muslimischen Verbänden in der Armee Francos oder die Existenz einer muslimischen SS-Division. Nach Ende des Krieges wurde der Begriff zu einem integrativen Element in der anti-sowjetischen Rhetorik des Kalten Krieges, mit der sich auch viele (ehemalige) Nationalsozialist\_innen identifizieren konnten. Dieser Logik folgend wurde nun auch plötzlich der angloamerikanische Raum dem imaginierten Abendland zugeschlagen.

Schon ein kurzer Blick auf die widersprüchliche Geschichte des Begriffs Abendland offenbart also sein Naturell als schwammiger Kampfbegriff, der vom rechten bis rechtsextremen Milieu recht beliebig mit verschiedensten Bedeutungen aufgeladen wird. Eine unter Umständen unerwartete Umdeutung erfuhr der Begriff in letzter Zeit.

**WUNSCHVORSTELLUNG EURASIEN.** Seit einigen Jahren hat die Neue Rechte ihren Blick auf der Suche nach Verbündeten – für viele durchaus unerwartet – nach Osten gerichtet. Was folgte, war sozusagen eine Osterweiterung des Abendlandes. So wurde nicht zuletzt der russische Präsidenten Wladimir Putin als neues Idol entdeckt. Putins Russland, in dem Oppositionelle verfolgt werden und „homosexuelle Propaganda“ unter Strafe steht, gilt den Rechten – von PEGIDA bis zur FPÖ – als Verbündeter im Kampf gegen den vermeintlich verweichlichten Westen und seine liberalen Wertevorstellungen. Aber auch auf Länder wie Ungarn und Polen blickt man in der Neuen Rechte plötzlich mit Bewunderung. Hinter dieser Bewunderung, die sich nicht zuletzt aus der rigorosen Anti-Migrationspolitik dieser Länder, dem autoritären Führungsstil der jeweiligen Regierungen oder antisemitischen Kampagnen wie jener gegen George Soros speist, steht die Theorie eines „neo-eurasischen“ Großraums.

Der womöglich bekannteste Vertreter dieser Ideologie, deren Ziel als der Bruch Europas mit der westlichen Gesellschaft und seine Einverleibung in eine (groß-)russische Föderation definiert wird, ist der russische Rechtsextremist Alexander Dugin. Wie gefragt Dugins Ideen auch in Österreich sind, zeigt nicht zuletzt seine Vernetzung mit heimischen Strukturen. So war Dugin laut der rechtsextremen Webplattform Unzensuriert bereits 2009 Gast am WKR-Ball, Aktivist\_innen, die dagegen protestierten, nannte er „Menschenmüll“<sup>4</sup>. Im unmittelbaren Vorfeld des Akademikerballs, der Nachfolgeveranstaltung des WKR-Balls, hielt Dugin 2018 einen Vortrag in Wien. Eingeladen hatte das Suworow-Institut, das laut Bernhard Weidinger vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands eine „nationalistische, antiliberalen und antiwestliche Agenda“<sup>5</sup>

verfolgt. Das auch die Identitäre Bewegung Dugin und dem „neo-eurasischen“ Milieu nahesteht, dürfte demnach wenig verwundern. Noch im Februar kam es zu einem Personalwechsel an der Spitze des Suworow-Instituts. Der bisherige Geschäftsführer Patrick Poppel legte sein Amt zurück und übergab dieses an den bisherigen Pressesprecher Alexander Markovics. Bevor er entmachtet und zur „Theorie AG“ abgeschoben wurde, war Markovics von 2013 bis 2015 Obmann der Identitären Bewegung Österreich. In seiner Antrittsrede als neuer Geschäftsführer des Suworow-Instituts prangert Markovics sogleich an, dass „die Bildung ein sehr wichtiger Bereich ist, der eben leider gerade von patriotischen Gruppen in Österreich zum Teil sehr stark vernachlässigt wird“<sup>6</sup>. Ein überraschend schwach verklausulierter Seitenhieb auf seine ehemaligen Kamerad\_innen. Auch die FPÖ fällt immer wieder durch Berührungspunkte mit Dugin und Consort\_innen auf. So nahmen Vizeminister Heinz-Christian Strache und der geschäftsführende Klubobmann Johann Gudenus 2012 auf Einladung eines russischen Oligarchen an einer nicht-öffentlichen Tagung in Wien teil, bei der auch Alexander Dugin anwesend war.

Ideologisch ist die zunehmende Popularität einer „neo-eurasischen“ Idee insofern interessant, als dass die Entdeckung Osteuropas und Russlands als potentielle Verbündete des rechten Randes im krassen Widerspruch zum Abendland-Mythos des 20. Jahrhunderts steht. So galt der Osten den Rechten lange als Brutstätte des Bolschewismus, als Kontinent der „mongolischen Barbaren“ und – in der Rassenideologie der Nationalsozialist\_innen – als Heimat der „slawischen Untermenschen“. Die Bewohner\_innen der Sowjetunion galten dem Nationalsozialismus als unwertes Leben, das nach der Eroberung der entsprechenden Gebiete vertrieben, versklavt oder ermordet werden sollte. Dieses Vorhaben manifestierte sich unter anderem im sogenannten „Generalplan Ost“, der eine umfassende „Säuberung“ und „Germanisierung“ der Gebiete vorsah. Das nationalsozialistisch geprägte Bild vom „slawischen Untermenschen“ und von der Bedrohung aus dem Osten hatte auch nach 1945 lange Hochkontur im Europa-Bild der (Neuen) Rechten.

**IN BRÜSSEL GEGEN BRÜSSEL.** Trotz der ablehnenden Haltung, mit der das neu-rechte Milieu der Europäischen Union und ihren Institutionen gegenübersteht, könnte die bevorstehende EU-Wahl genau dort eine massive Stärkung mit sich bringen. Das hängt unter anderem davon ab, ob der Austritt Großbritanniens aus der Union bis dahin in trockenen Tüchern ist oder die britischen Parteien tatsächlich noch einmal an der Wahl teilnehmen. So oder so werden sich einige Parteien nach neuen Fraktionen umsehen, unter anderem die polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) oder die Schwedendemokraten, bisher beide in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) beheimatet. Bei Viktor Orbans und seiner Fidesz wird über einen Austritt bzw. Ausschluss aus

der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) spekuliert. Zuletzt verließ die Kroatische Bauernpartei (HSS) aus Protest gegen Orban die EVP.

Bisher ist die Rechte auf EU-Ebene in drei Fraktionen zersplittert. Daraus – so hofft auch der FPÖ-Spitzenkandidat Harald Vilimsky – könnte nach der Wahl eine geeinte Rechtsfraktion hervorgehen, die sich sogar Hoffnungen auf den Platz als zweitstärkste Partei im EU-Parlament machen dürfte. Die FPÖ ist bisher der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) zugehörig, gemeinsam etwa mit der französischen Rassemblement National (ehemals Front National) und der italienischen Lega Nord. Als Gesicht der neuen Fraktion hat sich der italienische Innenminister Matteo Salvini von der Lega Nord ins Spiel gebracht. Ein wesentlicher Punkt, der über die Chancen auf den zweiten Platz entscheiden könnte, ist nicht zuletzt die Frage nach der Positionierung gegenüber Russland. Während beispielsweise die französischen, niederländischen und österreichischen Mitglieder der ENF die Sanktionen gegenüber Russland abbauen wollen und teils gute Kontakte zum russischen Regime unterhalten, fordern die polnische PiS sowie einige Rechtsparteien in den baltischen Staaten genau das Gegenteil.

- <sup>1</sup> Die Presse. 11.02.2019. Orbán wettert gegen EU und spricht von „finaler Schlacht“. URL: <https://diepresse.com/home/ausland/eu/5577451/Orban-wettert-gegen-EU-und-spricht-von-finaler-Schlacht> [07.03.2019]
- <sup>2</sup> Volker Weiß (2017). Die Autoritäre Revolte. Klett-Cotta: Stuttgart. S. 155.
- <sup>3</sup> Identitäre Bewegung Österreich. Für eine Zukunft Europas. URL: <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/identitaet/> [07.03.2019]
- <sup>4</sup> Die Presse. 03.06.2014. Rechte Allianz: Geheimes großrussisches Treffen in Wien. Verfasst von Jutta Sommerbauer. URL: [https://diepresse.com/home/innenpolitik/3815827/Rechte-Allianz\\_Geheimes-grossrussisches-Treffen-in-Wien](https://diepresse.com/home/innenpolitik/3815827/Rechte-Allianz_Geheimes-grossrussisches-Treffen-in-Wien) [07.03.2019]
- <sup>5</sup> Der Standard. 31.07.2016. Sputnik, FPÖ, Identitäre: Russisch-rechtes Rendezvous in Wien. Verfasst von Fabian Schmid, Markus Sulzbacher. URL: <https://derstandard.at/2000042003825/Sputnik-Gudenus-Identitaere-Russisch-rechtes-Rendezvous-in-Wien> [07.03.2019]
- <sup>6</sup> Rede von Alexander Markovics zur Zukunft des Suworow Instituts: <https://www.youtube.com/watch?v=cUZvzyaVhnU> [07.03.2019]

Vincent Perle studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

# Spanien:

## Balkonien in der Bredouille

**Im Konflikt zwischen Spanien und Katalonien um die Unabhängigkeit der abtrünnigen Region offenbart sich, dass ein rechtslastiger bis rechtsextremer Nationalismus und eine transversale Bewegung aufeinanderprallen. Beiden gemein ist ihr Faible für Flaggen, beide sehen sich in der Opferrolle und im Recht.**

Mit erschreckender Virulenz breitet sich in Spanien ein altbekanntes Gespenst der Vergangenheit aus. Auf dem gut-gedüngten Nährboden der schmerzlich überwundenen Wirtschaftskrise, einer versäumten Vergangenheitsbewältigung des Bürger\_innenkriegs (1936–1939) sowie der bis 1977 währenden faschistischen Franco-Diktatur erstarkt antagonistisch zum katalanischen Separatismus der spanische Nationalismus.

Das „Spanien der Balkone“, an das der Chef der oppositionellen Rechtskonservativen Pablo Casado (Partido Popular, PP) seinen stets radikaleren Diskurs zur „Rettung Spaniens“ richtet, ist mit rot-gelb-roten „Rojigualda“-Fahnen geschmückt. Sie hängen seit etwas mehr als eineinhalb Jahren von den Fenstersimsen herab, mittlerweile teils von der sengenden Sonne vergilbt und löchrig. Ihr ursprünglicher Anlass waren das von Polizeigewalt überschattete und von Madrid als „illegal“ eingestufte Referendum über eine Unabhängigkeit Kataloniens am 1. Oktober 2017 sowie die Großkundgebungen und Wahlkampfveranstaltungen im Vorfeld. Es gibt mittlerweile drei spanisch-unionistisch-nationalistische Rechtsparteien – neben dem PP und Ciudadanos (Cs) noch die rechtsradikale, neofaschistische Vox-Partei, wobei letztere am erfolgreichsten mittels Polemiken und Falschbehauptungen um die Medienaufmerksamkeit konkurriert. Die Straßen gleichen einem Flaggenmeer, wie man es nicht einmal um den Fußball-WM-Sieg der spanischen „Furia roja“ („Rote Furie“)

2010 in Südafrika gesehen hat. Es gilt, Patriotismus zu demonstrieren angesichts des „Putschs“ der von Separatist\_innen regierten autonomen Region Katalonien gegen das „ewige und unteilbare Spanien“.

**„POTENTE PROPAGANDA-MASCHINE“.** „Dabei gibt es mindestens zwei Spanien, mit völlig unterschiedlichen Mentalitäten“, ein rechtskonservatives, traditionalistisches, und ein Linkes mit republikanischen Idealen, schildert Gustavo Adolfo Leguizamo Alcazar. Der aus Kolumbien stammende und in Dos Semanas (Sevilla) aufgewachsene Konzertgitarrist und Master-Student am Salzburger Mozarteum ist besorgt um Spanien und Europa, das mit dem Erstarken der Nationalismen und rechtsradikalen Parteien Gefahr laufe, auseinanderzubrechen. Für den Katalonien-Konflikt fordert er, „die Spirale der Eskalation zu durchbrechen, die Fahnen abzuhängen, und dafür die ‚Weiße‘ zu schwenken“. Seine größte Angst dabei ist, dass sich die verbale Gewalt zu realer auf den Straßen wandeln könnte. Die Konfliktparteien müssten sich endlich zum Dialog einigen und eine Verfassungsreform akkordieren, um ein legales Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten. „Beide Seiten müssen Abstriche machen, sonst ist es ausweglos“, sagt Leguizamo. Doch moderate, neutrale Stimmen wie die seine, die gehen in den spanischen Medien aber auch in Debatten in Tapas-Bars zumeist unter. Jetzt, wo sich vorgezogene Neuwahlen nach

dem Scheitern des Budgets 2019 der sozialistischen Minderheitsregierung unter Premier Pedro Sánchez wohl für Mitte-Ende April abzeichnen, wäre für die rechtsradikale Vox-Partei die Tafel gedeckt, fürchtet der Konzertgitarrist: „Es ist sehr einfach, die Menschen mit patriotischen Gefühlen zu blenden“, lamentiert er: „Darin sind alle Nationalismen gleich.“ Auch gegen Feindbilder, seien es wie im Falle von Vox Katalan\_innen, Feminist\_innen, Migrant\_innen oder Homosexuelle, wird Hass geschürt. Zu Gute käme Vox bei Neuwahlen zweierlei: Der Rechtsruck der rechten Parteien PP und Cs, anstatt die Mitte zu suchen, und das leichte Spiel, das die Neofaschisten hätten, die Medienaufmerksamkeit auf sich zu konzentrieren. „Das ist eine potente Propaganda-Maschine, die da am Laufen ist“, weiß Leguizamo.

**BOLSCHEWIK\_INNEN VS. FASCHIST\_INNEN.** Im Ringen um Wähler\_innenstimmen und die Medienaufmerksamkeit ist das Thema Katalonien eine sichere Bank rechts der politischen Mitte in Spanien. Ein Thema, das alles andere, auch jegliche Rationalität, in den Schatten der damit aufgebauchten Emotionen stellt. Wenn jetzt Vox in Allusion an die christliche Eroberung des fast 800 Jahre islamisch dominierten Iberien zur „Rückeroberung“ Kataloniens (span. Reconquista) aufruft, so der Slogan mit dem die Rechtsextremen fulminant den Einzug ins andalusische Regionalparlament schafften, werden Erinnerungen wach an die sprachliche Verhörung der Monate,

die zum Bürgerkrieg 1936 führten, an das Hetzen gegen die linke Republik. Alte, antiquierte Feindbilder, „die Roten“, „Bolschewik\_innen“, „Sowjets“ oder zumindest zeitgemäßer „Chavist\_innen“ werden wieder geschürt, gegen einen vermeintlichen katalanischen Suprematismus, der die in Katalonien lebenden Spanier\_innen zu „Bürger\_innen 2. Klasse“ deklarieren. Neofaschist\_innen und Franco-Nostalgiker\_innen stimmen Francos Hymne „Cara al Sol“ an, faschistische Fahnen (mit dem einköpfigen Adler) oder dem Bündel an Lanzen (Symbol der faschistischen Falange-Partei), aber auch Hakenkreuz-Fahnen (Spanien hat kein NS-Verbotsgesetz) mischen sich nicht selten unter die verfassungskonformen Fahnen der derzeitigen konstitutionellen Monarchie. Und bei Vox-Veranstaltungen tönt der Schlachtruf „Arriba España!“, aber auch Politiker\_innen des PP und Cs wiederholen Mantra-artig „Viva España!“ und „Viva el Rey!“ („Es lebe der König“).

Auf der anderen Seite, in Katalonien, wehrt man sich der Bedrohung durch spanische Faschist\_innen und übt sich im gewaltfreien Widerstand angesichts der Unterdrückung durch den politischen Gegner. Mindestens zwei Millionen Demonstrant\_innen gehen alljährlich zu den Massenkundgebungen um den katalanischen Nationalfeiertag („Diada“, 11. September) in Barcelona und anderen Städten auf die Straßen. Hochgehalten wird dabei die „Estelada“-Flagge, die es in variantenreichem Design gibt, doch gängiger Weise dünne gelb-rote Balken und



einen weißen Stern in einem blauen Dreieck zeigt. Wie im restlichen Spanien die „Rojigualdas“ zieren in Katalonien fast flächendeckend eben „Esteladas“ Balkone, zu denen sich gelbe Schleifen gesellen, als Zeichen der Solidarität, mit den eben am Höchstgericht prozessierten „Polithäftlingen“ (lt. Separatisten) oder „inhaftierten Politikern“ (lt. Unionisten). Auffällig ist, dass die Vox-Partei mit dem Parteigeneralsekretär Javier Ortega Smith zur „Volksanklage“ im Prozess gegen die zwölf katalanischen Politiker\_innen auftritt und dabei Haftstrafen unter anderem wegen „Rebellion“ von über 70 Jahren fordert.

**„TRI-FACHITO“-ALLIANZ.** Nach den Neuwahlen könnte eine rechte Dreier-Koalition oder PP und Cs mit der Stützung von Vox wie in Andalusien im gesamtspanischen Parlament eine Mehrheit stellen, die der Journalist und Satiriker Gerardo Tece „Tri-Fachito“ nannte. Salonfähig gemacht haben die beiden Rechtsparteien die Rechtsextremen der Vox-Partei im Rekordtempo. „Der sich akzentuierende Rechtsruck in Spanien ist dabei nur ein Gesicht des globalen Erstarkens des Autoritarismus, der Xenophobie, rechtsradikaler Ideologien, exkludierender Nationalismen, reaktionärer Politik oder dem ‚Weißen Suprematismus‘. All diese Facetten waren Spanien schon lange inhärent. Dazu kommt, dass der spanische Staat ein deutliches Erbe des Franquismus und Faschismus in seinen Strukturen hat“, konstatiert der katalanische Soziologe und Kriminologe Ignasi Bernat im progress-

Interview: „Das aktuelle Gerichtsverfahren gegen die führenden Köpfe der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, der ‚Procès‘, wird dabei von den reaktionärsten Kräften des Apparates gesteuert. Womit auch die hässlichste Fratze des ranzigen spanischen Nationalismus zu Tage kommt, an dem sich die extreme Rechte labt.“ Die rechtsradikale Vox-Partei profitiert davon und setzt ganz deutlich auf einen ‚Diskurs des Hasses‘, der die Grenzen des Legalen streife und auch überschreite. Getragen werde dieser von weißen, rassistischen, frauenfeindlichen Hetero-Männern aus der Oberschicht, die Anhänger des ‚Weißen Suprematismus‘ seien und die ihre Privilegien bewahren wollen: „Deren Feindbilder sind Feminist\_innen, Homosexuelle, Migrant\_innen und katalanische Separatist\_innen.“

**FEMINIST\_INNEN UND ANTIFASCHIST\_INNEN.** „Wir Katalan\_innen verteidigen unser Recht auf Selbstbestimmung. Ein unabhängiger Staat, eine Republik (Anm. Katalonien) ist der Weg, Kollektive, die marginalisiert werden, und unser aller Grundrechte zu schützen. Wir müssen uns selbst organisieren und die antifaschistische Bewegung forcieren, um einen Sperrgürtel gegen die Rechtsextreme zu schaffen. Wir dürfen keinen Millimeter zurückweichen“, betont Maria Sirvent, Abgeordnete der anti-kapitalistischen, separatistischen Kandidatur der Volkseinheit (CUP) im katalanischen Parlament im progress-Gespräch. Für die Kommunal- und Europawahlen Ende Mai gelte es, „Basisarbeit zu

leisten, für betroffene, marginalisierte Kollektive, Solidarität zu leben und Netzwerke zu fördern und aktiv-antifaschistisch im öffentlichen Raum gegen Rechtsextremismus vorzugehen“. Ein Trumpf gegen den (Neo-)Faschismus ist dabei ganz klar der Feminismus, betont Sirvent: „Eine geballte Kraft, die die Fundamente des Systems erschüttern kann.“ Dem seien sich Vox, aber auch der PP bewusst. „Darum wird der Feminismus mit einem patriarchalischen Diskurs attackiert, der danach trachtet, die grundlegenden Rechte, die sich Frauen erkämpft haben, wieder wegzunehmen.“

**„VIVA FRANCO! VIVA ESPAÑA!“** Bereits Mitte Juli 2018 wurde der Pressefotograf Jordi Borràs i Abelló Opfer einer Neonazi-Attacke. Nach einem CDR-Treffen („Comitès de Defensa de la República“) im Barri Gòtic griff ihn auf dem Weg zu seinem Auto ein spanischer Beamter der Policía Nacional mit den Worten „Es lebe Franco! Es lebe Spanien! Du Hurensohn!“ an. Borràs, der seit 2010 die spanische extreme Rechte in Katalonien dokumentiert, erlitt einen Nasenbeinbruch, ein Schädeltrauma und Prellungen am Oberkörper. Als sich Passant\_innen näherten, wies sich der Polizist außer Dienst mit seiner Plakette aus und suchte das Weite. „Wenn wir nicht drastisch gegen das rechte Milieu vorgehen, werden wir ein stets massiveres Problem haben“, unterstreicht Borràs, der die Szene wie kaum ein anderer kennt, im Gespräch mit progress: „Es kommt in Katalonien jeden Tag zu Übergriffen, neuen

Schmierereien, verbalen Attacken und physischen Angriffen.“ Borràs ist im rechtsextremen Milieu bekannt. Mehrfach wurde er bedroht, auch mit dem Tode: „Auffällig ist, dass die meisten Aggressionen und Aktionen von einigen wenigen bekannten und sehr aktiven Neonazis ausgehen. Doch es passiert ihnen nichts.“

In der Eskalation des Separatismuskonfliktes sehen Spaniens Rechtsradikale ihre Chance, für die „Einheit Spaniens“ zu kämpfen – und das im wahrsten Sinne des Wortes. „Es war und ist stets ein Eckpunkt des spanischen Rechtsextremismus, gegen separatistische Bestrebungen vorzugehen“, sagt Borràs, etwa im Baskenland oder in Galicien: „Der spanische Ultranationalismus ist stark im Aufwind. Das gibt den Rechtsextremen mehr Sichtbarkeit, im öffentlichen Raum aber auch in den Medien. Durch den aggressiven Diskurs von Cs und PP sehen sich die Neonazis zusätzlich legitimiert, Gewalt auszuüben“, warnt Borràs.

*Jan Marot (\*1981) studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft in Wien und Zürich. Seit 2006 lebt und arbeitet er als freischaffender Auslandskorrespondent für Spanien, Portugal und dem Maghreb in Granada. @JanMarot auf Twitter*

# Aus mitgemeint wird nicht gemeint

## Welchen Stellenwert hat die Gleichstellung der Geschlechter auf europäischer Ebene und wohin entwickeln sich einzelne Staaten?

Europa war, entgegen des Eindrucks, den die proeuropäische Euphorie gerne hinterlässt, nie eine Insel der Seligen. Zumindest nicht für alle. Mittlerweile bröckelt auch das innereuropäische Image. Einerseits wird die restriktive Grenzpolitik der Europäischen Union als „Festung Europa“ kritisiert, andererseits werden ihre Institutionen von jenen, die diese Festung seit Jahren mit aufbauen, als Kontrollinstanzen infrage gestellt. Vor allem von rechtsextremen Kräften, die allmählich mehr als nur bedrohliche Tendenzen in der Ferne darstellen und sich schon viel weiter als bloß „auf dem Vormarsch“ befinden. Ihr Zuspruch nimmt kontinuierlich zu, ihre Anhänger\_innenschaft wächst, wird selbstbewusster und lauter. Ihre Themensetzung überlagert die ihrer Gegner\_innen um ein Vielfaches. Auch, weil diese aus der Not heraus immer nur damit beschäftigt sind, dagegen zu reden, anstatt eigene Schwerpunkte zu setzen, die am Ende ohnehin kaum jemand außerhalb der eigenen Bubble mitbekommt. Dafür sind nicht zuletzt Medien mitverantwortlich, denn auch sie scheinen vorrangig an den Aussagen rechter Regierungs- und Parteispitzen interessiert zu sein. Auch sie wollen sensationalistische Bedürfnisse befriedigen und Inhalte verkaufen. Es ist eine konsequente Maschinerie, von der Politiker\_innen aus dem rechten Spektrum profitieren. Sie hat sich in den letzten Jahren ohne viel Aufwand verselbstständigt und wird durch die „moderate“ Mitte und neoliberale Verbündete noch gestärkt. Dabei bleiben essentielle Belange auf der Strecke oder werden instrumentalisiert. So etwa auch die Gleichstellung der Geschlechter. Hat das Thema keinen Platz mehr?

### SELBSTGEFÄLLIGKEIT UND BACKLASH.

Grundsätzlich ist es selbst für politisch interessierte Zuschauer\_innen nicht einfach, die Geschehnisse im Europäischen Parlament mitzuverfolgen. Das zeichnet sich auch an der sinkenden Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen ab. 2014 lag sie bei schlanken 42,61 Prozent, 1994 noch bei 56,67 Prozent und 1979 sogar bei 61,99 Prozent. Wie hoch sie bei den diesjährigen EU-Parlamentswahlen Ende Mai ausfallen wird, wird sich zeigen. Juliette Sanchez-Lambert, Generalsekretärin der LGBTI-Intergroup im EU-Parlament und feministische Aktivistin, bedauert, dass sich Menschen in vielen Mitgliedstaaten so losgelöst fühlen von der EU. „Sie werden schon länger nicht schlau aus diesem riesigen Apparat“, sagt sie.

Für Sanchez-Lambert ergibt sich daraus ein weiteres Problem. Je weniger Wähler\_innen es gibt, desto weniger Interessierte gibt es auch für Themen, die sich nicht (nur) um Migration drehen. Frauen- und LGBTI-Rechte etwa. Sie spricht von einer starken Polarisierung, was diese Belange angeht, sowohl auf europäischer Ebene als auch auf jener der einzelnen Staaten. „Während in den Niederlanden, Finnland und Schweden oft eine Selbstgefälligkeit vorherrscht, weil schon so viel passiert ist, gibt es in Ländern wie Polen, Rumänien und Italien einen starken, organisierten Backlash, der nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch auf Regierungsebene sichtbar ist“, sagt sie. Der Backlash der einzelnen Staaten sei wiederum auf der Ebene der EU-Institutionen spürbar. „Es gab insbesondere bei der Arbeit der Kommission große Fortschritte in den Bereichen Gender Mainstreaming und LGBTI- und Minderheiten-Rechte. Mittlerweile ändert sich das wieder. Die Balance, die wir schon hatten, beginnt zu erodieren“, sagt Sanchez-Lambert und appelliert an die Solidarität progressiver Gruppen untereinander.

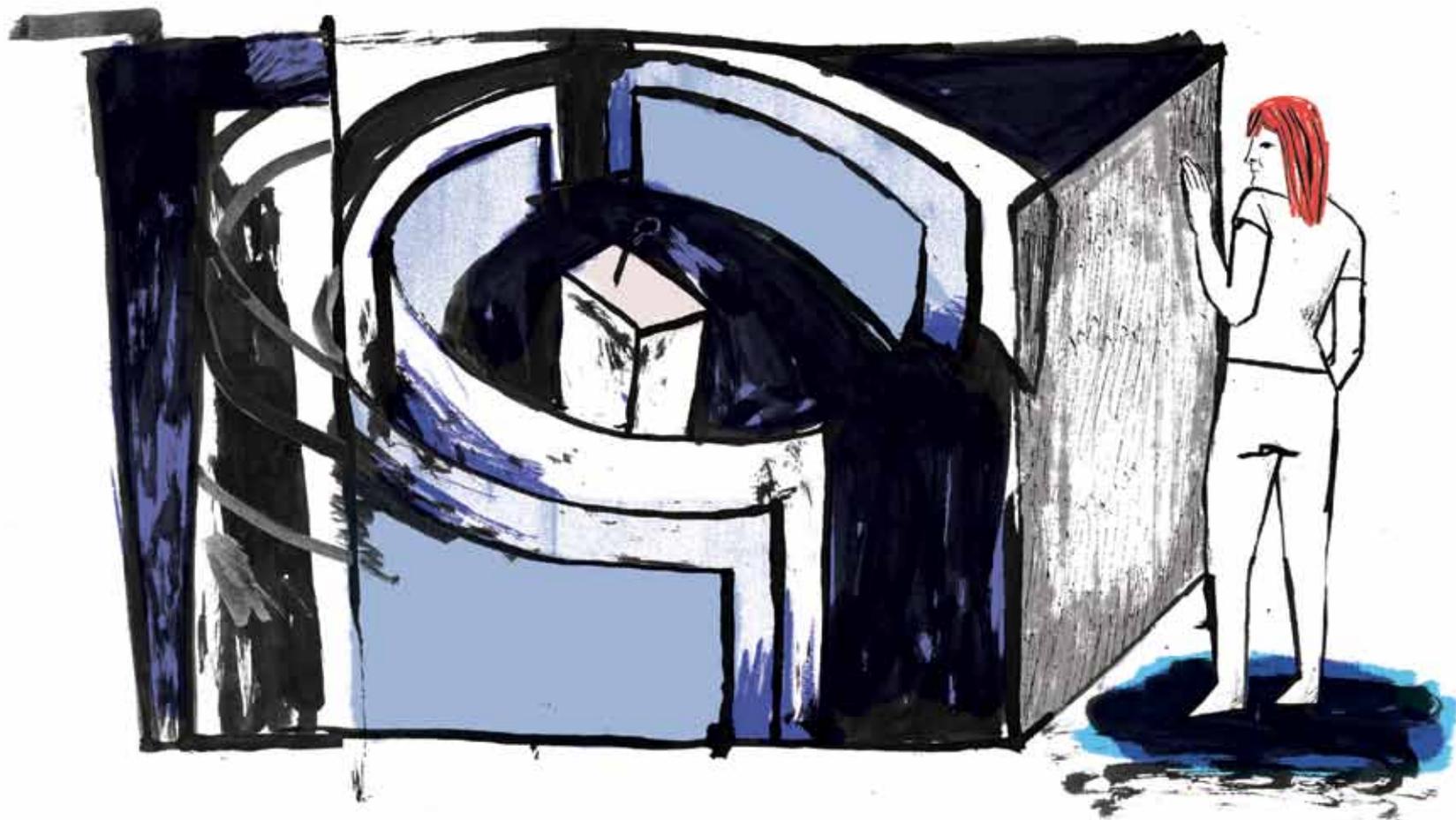
„GIBT'S NICHTS WICHTIGERES?“ Eine Beobachtung, die sie macht, wenn Personen, Gruppen oder Parteien sich eines anderen Themas als Flucht und Migration annehmen, etwas anderes als wichtiger oder zumindest ebenso wichtig deklarieren, ist der Vorwurf, dass wir doch größere Probleme hätten. Gerade, wenn es um Forderungen und Errungenschaften im Bereich der Frauen- und Minderheitenrechte geht, scheint das ein beliebtes Totschlagargument zu sein. So blieb ihr ein Kommentar auf Twitter in Erinnerung, als die Co-Vorsitzende der LGBTI-Intergroup und Abgeordnete für die Europäischen Grünen Terry Reintke kürzlich verlautbarte, dass das Parlament die erste EU-Resolution zur Stärkung der Rechte intergeschlechtlicher Menschen beschlossen hatte. Jemand kommentierte den historischen Beschluss, dass unfreiwillige medizinische Eingriffe an intergeschlechtlichen Kindern von nun an EU-weit nicht mehr stattfinden dürfen, damit, dass es doch wichtigere Themen gäbe, um die man sich kümmern könnte. Sanchez-Lambert nennt den Kommentar symptomatisch. „Das ist eine Form von Silencing. Damit

soll sichergestellt werden, dass die Themen nicht zu viel Platz einnehmen. Den Betroffenen wird gesagt, dass sie besser in ihren unterdrückten Positionen bleiben“, sagt sie. „Diese Menschen sagen natürlich auch, dass Menschenrechte universell sind, aber das sind sie nicht“, so Sanchez-Lambert weiter. Frauen und Minderheiten würden auch auf struktureller Ebene gegeneinander ausgespielt. Einerseits durch begrenzte Aufmerksamkeit für Menschenrechtsthemen im öffentlichen Diskurs und andererseits durch die Kürzung von Förderungen. „Um öffentlichkeitswirksam arbeiten zu können, braucht man Geld und das ist immer schwerer zu bekommen“, sagt sie.

**FEMINISTISCHE ERRUNGENSCHAFTEN SIND ALLES ANDERE ALS STABIL.** Doch nicht nur auf EU-Ebene ist es mit großen Anstrengungen verbunden, Frauen- und Minderheitenrechte zu thematisieren und voranzutreiben. In den EU-Mitgliedstaaten verschieben sich Werte nach rechts. Rechts bedeutet immer zuerst die Infragestellung der Selbstbestimmungsrechte von Frauen und jenen, die sich nicht in das binäre und heteronormative Gesellschaftssystem einordnen wollen. So erfreulich die Resolution für intergeschlechtliche Personen ist, so notwendig war sie in dieser regressiv geprägten Zeit.

Es gibt viele Bereiche, anhand derer man sich aktuelle reaktionäre Bestrebungen ansehen kann. Repräsentation in politischen Entscheidungspositionen, wobei das nicht automatisch ein Merkmal für Progressivität sein muss. Eine Abgeordnete in einer rechtsextremen oder konservativen Fraktion wird keine ernsthaften feministischen Ambitionen haben. Außerdem erstarken reaktionäre Stimmen in den Themenbereichen Gleichstellung am Arbeitsplatz, Kinderbetreuung, Selbstbestimmung sowie reproduktive Rechte und Schutz gewaltbetroffener Frauen und LGBTI-Personen.

Im Europäischen Parlament sind nur 37 Prozent der Abgeordneten Frauen. Die höchsten Frauenanteile haben die Abgeordneten aus Malta, Schweden, Finnland, Irland und Estland. In nationalen Parlamenten liegt Schweden mit 46,1 Prozent vorne. Österreich liegt mit 37 Prozent im europäischen Durchschnitt. Doch wie gesagt, Repräsentation muss kein Indikator für feministische Politik sein, wenn die übrigen Ungleichheiten nicht ebenso beharrlich verfolgt



werden oder andere Errungenschaften sogar wieder rückgängig gemacht werden. Gut zu beobachten ist das am Umgang der Staaten mit dem Schwangerschaftsabbruch. Belgien markiert mit der Entscheidung, ihn aus dem Strafgesetz zu streichen, eine Ausnahme in der patriarchal dominierten Diskussion um reproduktive Rechte. Ebenso Irland, das 2018 gegen das bis dahin vorherrschende rigide Verbot gestimmt hat. Während in den letzten Jahren Polen der zentrale Austragungsort des Kampfes um Selbstbestimmung in Europa war, ist es nun Deutschland aufgrund der Proteste gegen das Informationsverbot für Ärzt\_innen. In Österreich fiel der mögliche Startschuss für das Ringen um die Fristenlösung mit einer Petition, die unter dem Deckmantel der Behindertenrechte Einschränkungen des straffreien Schwangerschaftsabbruchs fordert. In katholischen Ländern wie Italien wird es für Schwangere trotz legaler Möglichkeiten immer schwieriger, überhaupt Ärzt\_innen zu finden, die Abtreibungen durchführen. Auch so lassen sich Selbstbestimmungsrechte einschränken.

#### **DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DES GESCHLECHTS.**

Das Thema Arbeit ist innerhalb der EU weniger ideologisch geprägt. Maria Y. Lee, Juristin und Rechtsphilosophin an der Universität Wien, betont, dass das Diskriminierungsverbot am Arbeitsplatz, wie wir es heute auch in Österreich kennen, der EU geschuldet ist. „Österreich hatte ein Gleichbehandlungsgesetz, aber es war noch lange

nicht so weit wie jenes auf EU-Ebene. Es ging nicht nur um gleichen Lohn für Männer und Frauen, sondern auch um die sonstigen Arbeitsbedingungen. Mit dem EU-Beitritt wurde das Gesetz übernommen, weil das Bedingung ist“, sagt Lee. Und der Gender Pay Gap? „Es gibt EU-weite Studien, die besagen, dass sich zwischen 50 und 75 Prozent des Gender Pay Gaps nicht durch Wochenstunden, Branche und Kinderbetreuungszeiten erklären lassen. Was bleibt, ist Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“, sagt sie. Dabei spricht sie auch Frauen an, die Kopftuch tragen. Ein Diskriminierungspotential, das immer nur unter dem Merkmal Religion abgehandelt wird, obwohl es zu gleichen Teilen eine geschlechtliche Komponente hat. „Da wird Diskriminierung aufgrund des Geschlechts unsichtbar gemacht“, sagt Lee.

Dass Kinder fast ausschließlich für Mütter Einschnitte in die berufliche Laufbahn bedeuten, zeigt immer wieder deutlich, dass unbezahlte Fürsorgearbeit in der Gesellschaft nach wie vor als Frauensache deklariert wird. Während es für Frauen den Mythos der „Wahlfreiheit“ gibt, steht diese für Männer gar nicht erst zur Debatte. Sie müssen sich nicht entscheiden und sie müssen Job und Familie nicht „unter einen Hut“ bringen. Während für Väter nach wie vor „Anreize“ geschaffen werden, um sich um ihre eigenen Kinder zu kümmern, wird die bedingungslose Bereitschaft von Müttern einfach vorausgesetzt. Schweden ist beim Thema Kinderbetreuung im EU-Vergleich am progressivsten, nicht nur nehmen

Väter vermehrt Karenzzeit in Anspruch, das Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen ist auch in ländlichen Gemeinden relativ dicht und Arbeitgeber\_innen sind zunehmend auf Schiene. In Österreich arbeiten immer noch 67,3 Prozent der Mütter in Teilzeitjobs, während Väter indessen fast ausschließlich in Vollzeitjobs arbeiten.

„Diskriminierung ist nichts, was der Vergangenheit angehört. Wir haben viel erreicht, aber wir sind noch nicht so weit, zu sagen, dass Frausein nichts mehr bedeutet und wir deshalb kein Antidiskriminierungsgesetz mehr brauchen“, fasst Lee zusammen. Sanchez-Lambert setzt auf Konfrontation. „Menschen haben Angst vor dem Konzept von 'Gender', weil sie in sehr genderkonformen Gesellschaften geboren und aufgewachsen sind. Diese Ängste sollten angesprochen werden und zwar so, dass die Gesellschaft dadurch zum Positiven verändert werden kann.“ So lange bis Frauen- und LGBTI-Rechte nicht mehr nur als optional, sondern als verbindlich gelten.

*Nicole Schöndorfer hat Publizistik, Anglistik und Journalismus an der Universität Wien und an der FH Wien studiert und lebt als freie Journalistin und Vortragende in Wien.*

Die ÖH spricht mit deiner Stimme

Lass sie zählen!



**ÖH Wahl 27.–29. Mai 2019**

#voteitoutloud #oeh19 [wahl2019.oeh.ac.at](http://wahl2019.oeh.ac.at)

 /bundesoe

 /bundesoe

 @BundesOeh



# WISSENSCHAFT UND POLITIK

# Neue Hoffnung in Armenien

**Das ärmste Land am Kaukasus hat eine demokratische Revolution erlebt. Seither liegt eine Euphorie in der Luft, die Armenien gut brauchen kann.**

Wer dieser Tage in Jerewan unterwegs ist, spürt schnell die Euphorie, die in der Luft liegt. „Die Leute können seit einigen Monaten wieder lachen“, hört man mehrmals von Gesprächspartner\_innen, egal ob man mit politischen NGOs, dem Yerevan Press Club oder mit Student\_innen auf der Straße spricht.

Armenien, das mit rund 300 Euro Durchschnittslohn ärmste Land am Kaukasus, erlebte im April letzten Jahres eine Revolution – Hunderttausende gingen auf die Straße, um die korrupte, mehr als zehn Jahre amtierende Regierung aus dem Amt zu jagen. Anders als bei den niedergeschlagenen Protesten im Zuge der Präsident\_innenschaftswahlen 2008 mit zehn Toten verlief die Revolution 2018 friedlich: Der frühere Oppositionspolitiker, Ex-Journalist und Revolutionsführer Nikol Pashinyan übernahm ab Anfang Mai eine Übergangsregierung und holte sich in einer vorgezogenen Parlamentswahl am 9. Dezember nun auch das Mandat des Volkes. Knapp über 70 Prozent schenkten seinem Wahlbündnis „My Step“ das Vertrauen – das sind Werte, wie sie die zuvor regierende Republikanische Partei nicht einmal mit gekauften Stimmen erreichen konnte. Noch vor anderthalb Jahren erzielte die Partei 49 Prozent der Stimmen, Anfang Dezember waren es weniger als fünf, womit sie sogar den Einzug ins Parlament verpasste.

**ERSTE FREIE WAHLEN.** „Es waren die ersten Wahlen in Armenien, die absolut fair, transparent und unabhängig durchgeführt wurden“, sagt die Politikwissenschaftlerin Anush Sedrakyan. Sie hat mehrere Jahre als Beraterin und Redenschreiberin in der vormaligen langjährigen Regierung der Republikanischen Partei gearbeitet, ohne allerdings jemals Parteimitglied oder Teil des korrupten Systems gewesen zu sein, wie sie glaubhaft betont. Geläutert und nach einer Zwischenstation bei einer anderen Partei hat sie mittlerweile die Politik verlassen und

arbeitet als Politikbeobachterin sowie Direktorin einer mehrsprachigen Privatschule in Jerewan.

Sie ist allerdings besorgt, dass es noch immer keine wirkliche Opposition im Land gebe: Zwar haben es mit „Prosperous Armenia“ (8,3 Prozent) sowie „Bright Armenia“ (6,4 Prozent) zwei weitere Parteien in das Einkammerparlament geschafft – wirkliche Kritik sei von ihnen aber nicht zu erwarten. Der Soziologe und Politikexperte Gevorg Poghosyan von der Armenischen Akademie der Wissenschaften sieht das ähnlich: „Ideologisch gibt es keine Unterschiede: ‚Prosperous Armenia‘ hat ein Überkommen mit ‚My Step‘, deren Kurs mitzutragen. ‚Bright Armenia‘ wiederum ist eine Abspaltung von Pashinyans Partei, verfolgt also auch keine wesentlich anderen Ziele.“ Mit 88 von 132 Sitzen im armenischen Parlament habe Pashinyan ohnehin eine bequeme Ausgangsposition und sogar eine Verfassungsmehrheit.

Nach Jahrzehnten der Sowjet-Herrschaft, darauffolgenden korrupten Regierungen und fehlender demokratischer Erfahrung steckt auch der Parlamentarismus noch in den Kinderschuhen – insbesondere in einem Drei-Millionen-Einwohner\_innen-Land wie Armenien, wo gerade im politischen Betrieb jede\_r jede\_n kennt. Eine parlamentarische, politisch pluralistische Demokratie wie in Europa aufzubauen werde noch viele Jahre dauern, so Sedrakyan. Große Herausforderungen

Dabei hat Armenien eigentlich keine Zeit zu verlieren, steht es doch vor enormen Herausforderungen. Allen voran in der Außen- und Sicherheitspolitik, ist das kleinste Land der Region doch von gleich zwei verfeindeten Staaten umgeben. Die Türkei verübte ab 1915 einen Genozid an Armenier\_innen, verlebte sich einen Gutteil des Landes ein und veranlasste Hunderttausende zur Flucht ins Ausland. Bis heute ist die armenische Diaspora bedeutend größer als

die Landesbevölkerung. Mit Aserbaidschan wiederum, einem engen Verbündeten der Türkei, ist Armenien seit der Endphase der Sowjetunion in einem de-facto-Kriegszustand, da 1988 ein Konflikt zwischen beiden Volksgruppen um die heterogen besiedelte Grenzregion Bergkarabach ausbrach. Nach einem Krieg (1992-1994), der bis zu 50.000 Menschenleben forderte, hielt Armenien die nunmehrige international nicht anerkannte Republik besetzt. Der Krieg ist offiziell nicht zu Ende und kann jederzeit wieder aufflammen.

Aufgrund dieser Konflikte sind die Grenzen zu beiden Ländern seit 20 Jahren geschlossen, was Armenien wirtschaftlich erheblich schadet. Durch seine Isolation, auch geographisch durch die Lage zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer bedingt, ist Armenien auf die strategische und wirtschaftliche Unterstützung Russlands angewiesen, das auch mehrere Militärbasen im Land betreibt. Eine Annäherung an die EU ist deshalb nur bedingt möglich, da Russland Armenien bereits 2015 zum Beitritt in die Eurasische Wirtschaftsunion drängte, um eine zu große EU-Annäherung abzuwürgen. Auch will man ein Schicksal wie in der Ukraine (Euromaidan sowie darauf folgender Krieg) unbedingt vermeiden.

Premierminister Pashinyan betonte zwar im Vorfeld der Wahl, sowohl das relativ lose Verhältnis zur EU als auch das wesentlich engere zu Russland gleichermaßen ausbauen zu wollen, konkret wurde er aber nicht. Die Nähe zu Russland ist für die sicherheitspolitische Absicherung alternativlos, wie Expert\_innen im Land einhellig betonen.

**WAHLPROGRAMM NEBENSÄCHLICH?** „Der Wahlkampf war allein auf den Sturz der alten Regierung sowie auf den Kampf gegen Korruption und Nepotismus ausgerichtet. Die für Armenien enorm wichtige Außenpolitik war jedoch kein Thema“, sagt Sedrakyan. Auch nach der Wahl hat es Pashinyan



Foto: Florian Bayer

vermieden, das Thema Europa anzusprechen. Dass er direkt nach dem Weltwirtschaftsforum in Davos weiter nach Moskau geflogen ist, erzeuge jedenfalls keine gute Optik und erinnere an frühere Zeiten, so die Expertin.

Auch in punkto Wirtschaft ist sie nicht allzu optimistisch. Armenien verfügt anders als das ölfreiche Aserbaidschan über keine bedeutenden Rohstoffe und ist auch keine aufstrebende Tourismusdestination wie Georgien. Die Arbeitslosigkeit liegt bei hohen 15 bis 20 Prozent, die Abwanderung ins Ausland ist nach wie vor groß. Dazu kommt die enorme Korruption: „Die alte Regierung hat hunderttausende Wahlstimmen gekauft und bis zu ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts korrumpiert und in eigene Taschen fließen lassen“, sagt die Politikexpertin. Auch wenn sie der neuen Regierung durchaus kritisch gegenübersteht, so sagt sie anerkennend: „Pashinyan hat Schluss gemacht mit einer Regierung, die eine Katastrophe für das Land war, die gestohlen hat und sich Schlösser aus Steuergeldern bauen ließ.“

Wie steht es nun also um den Kampf gegen die Korruption, den sich Pashinyan auf die Fahnen geschrieben hat? Tatsächlich geht die erst wenige Wochen amtierende Regierung gegen korrupte Oligarch\_innen und Politiker\_innen vor, allerdings handle es sich dabei mehr um Symbolpolitik als um ein systematisches Vorgehen, wie Sedrakyan betont. Nach wie vor fehlt es an Transparenz über die Verteilung von Steuergeldern und Förderungen. Immerhin hat Pashinyan aber die Zahl der Firmenwägen von Regierung und Ministerien halbiert und dutzende Stellen eingespart, darüber hinaus die Zahl der Ministerien von 17 auf 12 reduziert – erste Schritte gibt es also.

**KRITIK AM REGIERUNGSPROGRAMM.** Wenige Wochen nach Angelobung der neuen Regierung gibt es auch schon erste Kritik: Dass Kultur und Medien keine Rolle im neuen Regierungsprogramm spie-

len, kritisieren Hovsep Khurshudyan und Nouneh Sarkissian. Khurshudyan leitet ein armenisches Verlagshaus und ist Direktor der „Free Citizen Initiatives Support Initiative“, einer von vielen NGOs der starken Zivilgesellschaft des Landes. Nouneh Sarkissian, nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen „First Lady“ Armeniens, leitet das „Media Initiatives Center“ in Jerewan.

„Kultur ist keine Priorität in der neuen Regierung, und war es leider auch noch nie – obwohl sie ein großes Potenzial für Politik und Wirtschaft hätte“, sagt Verleger Khurshudyan. Zwar ist Armenien im Vorjahr dem „Creative Europe“-Programm beigetreten, allerdings hauptsächlich deshalb, um sein kulturelles Erbe zu bewahren. Moderne Kunst wie etwa Medienkunst wird nicht gefördert. Derzeit fließen nur 0,27 Prozent des armenischen BIP in den Kulturbereich, was etwa einem Viertel des europäischen Durchschnitts entspricht. Zum Vergleich: In das armenische Militär wandern vier Prozent des BIP, das ist proportional sogar mehr als in den USA (3,6 Prozent).

Ähnliches gilt auch für die Medienlandschaft, sagt Sarkissian, die sich ein Bekenntnis zu freien und kritischen Medien vonseiten der Regierung und eine Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wünscht. Denn: „Die Situation ist nicht neu: Es fehlt an ausgewogenen und unabhängigen Stimmen“, sagt die Expertin. Darüber hinaus seien Gesetze für Transparenz und Offenlegung von Geldgeber\_innen dringend nötig – insbesondere in einer politischen und gesellschaftlichen Übergangszeit wie der jetzigen. Auch für ein Abrüsten der Worte insbesondere auf Social Media plädiert Sarkissian, wird doch in Armenien die politische Diskussion hauptsächlich online geführt, wo Fake News und Trollattacken keine Seltenheit sind. Bei aller Euphorie und Aufbruchsstimmung darf man eben nicht vergessen, dass Pashinyan in den Wahlen zwar

enorme 70 Prozent erreicht hat, ein knappes Drittel der Wähler\_innen aber anderen Parteien die Stimme geschenkt hat.

**UNSICHERE ZUKUNFT.** Auch wenden sich die ersten Wähler\_innen bereits wieder von Pashinyan ab – all jene, die sich schnelle und fundamentale Verbesserungen durch die Revolution im Vorjahr erhofft haben. Es fehlt im ganzen Land an leistbaren Wohnungen und Arbeitsplätzen, die Infrastruktur und Straßen sind in miserablem Zustand – die Liste der Wünsche und nötigen Reformen ist also lang, ebenso groß sind die Hoffnungen, die in Pashinyan gesetzt wurden und werden.

„Armenien geht in eine sehr unsichere und widersprüchliche Zukunft“, bilanziert Sedrakyan. Sie bezeichnet sich, trotz aller Kritik, als „vorsichtig optimistisch“, hofft auf eine Annäherung an die EU und europäische Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die erstmals demokratisch abgehaltenen Wahlen waren ein erster, überaus wichtiger Schritt, wie sowohl sie als auch Poghosyan betonen.

Beide betonen, dass die Erwartungen in der Bevölkerung extrem hoch sind – und dass im Falle ausbleibender Verbesserungen die Menschen wieder wütend auf die Straßen gehen und Pashinyan aus dem Amt jagen könnten. „Das Zeitfenster der neuen Regierung ist klein, vielleicht ein halbes Jahr. Bis dahin kann Pashinyans Regierung zwar die Wirtschaft nicht komplett umkrepeln, aber zumindest Reformen gegen Korruption und ein Regierungsprogramm auf den Weg bringen“, sagt Soziologe Poghosyan. Erste spürbare Erfolge werde die Regierung aber spätestens im Frühling vorweisen müssen.

*Florian Bayer (28) studierte Journalismus & Medienmanagement, Globalgeschichte sowie Philosophie und ist freier Journalist in Wien.*

# Zwischen Protest und Paprika

## Ungarn ist das Paradebeispiel des Erstarkens autoritärer Regierungen in Europa. Abseits von Protest und Rebellion- wie lebt es sich im Moment im Nachbarland? Einmal nachgefragt in der ungarischen Provinz.

Als Margit so alt war wie ich, erlebte Ungarn die Blütezeit des Realsozialismus. Was die größte Veränderung in ihrem Leben seitdem war? „Das Reisen. Das war damals nicht möglich. Und auch die Erfahrungen, die man dadurch sammelt.“ Jetzt ist Margit 78 Jahre alt. Ich frage sie, was sie von Victor Orbán hält. Sie schüttelt den Kopf: „Nichts Gutes.“ Sie lebt in einem 2000-Einwohner\_innen-Dorf in der Nähe von Enying. Als wir mit dem Auto durch die ungarische Puszta fahren, wirkt die Gegend trostlos. Im Nachbarhaus von Margit sind die Fenster nur mit Bauschaum fixiert, das Dach ist desolat und es regnet hinein. Hinter dem Gartenzaun bellt ein Pitbull.

Auf die Frage nach der größten Veränderung in Ungarn antwortet auch János mit Mobilität. Früher konnte sich kaum jemand ein Auto leisten, heute steht vor jedem Haus eines. „Fast die Hälfte davon sind auf Kredit gekauft, seitdem das leichter möglich ist. Viele Menschen sind verschuldet, weil sie auf ein Auto angewiesen sind.“ Reisen kann sich jedoch trotzdem der Großteil nicht leisten, meint János. Der 50-Jährige hat eine Krankheit, die seine Muskeln schleichend abbaut. Er hält sein Feuerzeug verkrampft in der Faust, als er sich die filterlose Zigarette anzündet.

Über die Behandlungen, die er gegen die Ausbreitung des Muskelschwundes bekommt, kann er sich nicht beschweren, meint János. „Mehrere Millionen Forint hat das bisher gekostet, aber das zahlt zum Glück die Krankenkas-

se.“ Dennoch kann er aufgrund der Krankheit nicht arbeiten gehen und ist seit vier Jahren offiziell arbeitslos. 22.000 Forint bekommt er im Monat vom Staat – in etwa 70 Euro also. Trotz billigerer Lebenshaltungskosten in Ungarn kann János davon nicht leben. Deswegen arbeitet er ein paar Mal im Monat schwarz bei dem LKW-Unternehmen von Bekannten. Um die Zukunft seiner Kinder macht er sich Sorgen: „In vielen Gegenden gibt es kaum andere Möglichkeiten, als in einer Fabrik zu arbeiten.“

**AUF FRUSTRATION FOLGT POLITIKVERDROSSENHEIT.** Margit geht im Moment nicht wählen, erzählt sie. Sie verschließt sich ein bisschen vor der Politik. „Im Ort gibt es sowohl Fidesz-Befürworter\_innen als auch Gegner\_innen – manchmal entsteht auch Konflikt deswegen. Meine Freund\_innen wählen alle Orbán, vielleicht ist das Nicht-Wählen mein Weg, der Konfrontation aus dem Weg zu gehen.“ In ihrem Umfeld hat Margit das Label der Kommunistin. „Dabei will ich ihnen nur manchmal die andere Seite der Medaille zeigen.“

Auch der 23-jährige Soma empfindet die politische Lage zermürend. „Es ist meistens viel zu frustrierend, um sich damit zu beschäftigen.“ Er hat das Leben im Dorf hinter sich gelassen und ist nach Budapest gezogen. In Ungarn macht die Stadtbevölkerung 70% der Gesamtbevölkerung aus, so das Departement of Economic and Social Affairs der UNO. „Hier hätte es für mich drei Möglichkeiten gegeben“, erzählt Soma, „in der Bäckerei zu

arbeiten, in einer Autowerkstatt oder als Schichtarbeiter in der Fabrik. Alles nur als Hilfsarbeiter natürlich.“ Eine passende Ausbildung hat er nämlich nicht abgeschlossen. In Budapest arbeitet er jetzt in einem Warenlager und schlichtet Regale – zumindest keine Nachtschicht.

Teilweise hat es ihn auch in die Stadt gezogen, weil seine Denkweise schon davor nicht mit den hiesigen Leuten zusammengepasst hat. „Hier im Ort brauchen die Leute lange bis sie bereit sind, eine Ansicht zu ändern.“ Ob er viel von den Protesten in Budapest mitbekommt? „Meine Mitbewohner\_innen waren dort und haben eine von den Granaten abbekommen, die die Polizei auf die Demonstrant\_innen geworfen hat.“ Passiert sei ihnen nichts, Soma meint aber, dass die Aufmärsche gegen die Regierung zwecklos bleiben werden. „In den meisten ungarischen Medien werden die Demo-Teilnehmer\_innen dargestellt, als wären das nicht ernstzunehmende Clowns.“

**PRESSEFREIHEIT AM ABSTIEGENDEN AST.** Karl Pfeifer, Journalist und Autor, beobachtet Ungarn seit er während des 2. Weltkriegs mit seiner Familie dort hin floh. Er fasst es so zusammen: „Die ungarische Regierung versucht die Menschen in die Irrationalität zu bringen – so lange, bis sie kein Bild mehr von der Realität mehr haben.“ Derzeit befindet sich Ungarn auf Platz 73 der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen. Österreich als Vergleich liegt auf Platz 11. Die letzte nennenswerte Zeitung, die noch nicht von einem

Orbán-nahen Oligarchen aufgekauft wurde, ist Népszava („Volksstimme“). Die linke Tageszeitung nahm nach der Schließung anderer Medien viele Journalist\_innen auf. Kritiker\_innen meinen, dass Orbán Népszava nicht grundlos duldet – die Zeitung diene ihm als Beweis dafür, dass in Ungarn noch oppositionelle Medien existieren.

Soma liest ausschließlich 444.hu. Eine Nachrichtenseite, die ein wenig an BuzzFeed erinnert und liberal berichtet. Gegründet wurde das Portal von Péter Uj, dem ehemaligen Chefredakteur der Nachrichtenseite *index.hu*. Index ist das größte Nachrichtenportal Ungarns – täglich wird es von fast einer Million Ungar\_innen gelesen und ist keiner politischen Richtung zuzuordnen.

Margit schaut im Fernsehen meistens den Sender RTL Klub, einen ungarischen Ableger der RTL Group. In Ungarn ist das der größte private TV-Sender. Bei den öffentlich rechtlichen Fernsehsendern weiß sie, dass sie von der Regierung kontrolliert werden. „Ich kann auch nicht sagen, ob das, was RTL sendet, die absolute Wahrheit ist, aber ich denke, es ist der Wahrheit näher als Magyar Televízió, der Öffentlich-Rechtliche.“ Ab und zu zappt sie auch dort kurz rein. „Manchmal sehe ich dort Interviews mit Orbán. Ich beginne zuzuhören, aber ich schalte schnell weg. Ich kann beziehungsweise will ihm auch nicht folgen.“

**DER SOROS-PLAN.** Was Margit stört, ist die Paranoia von Orbán. Dem ungarischen Regierungschef wird



Illustration: Marlene Kohberger

unter anderem vorgeworfen, eine antisemitische Kampagne gegen den Investor George Soros zu führen, der ungarisch-jüdische Wurzeln hat. Er unterstellt Soros, der sich mit seinem Vermögen für diverse Bürger\_innenrechtsorganisationen und Bildungseinrichtungen einsetzt, Flüchtlinge nach Ungarn zu holen, um das Christ\_innentum zu untergraben. In seiner Rede zum ungarischen Nationalfeiertag 2018 sprach Orbán von einem Gegner, der verborgen, umtriebig und falsch sei und der anstatt echter Arbeit nur an Finanzspekulation glaubt. Karl Pfeifer veröffentlichte 2016 das Buch „Immer wieder Ungarn“ in dem er seine Beobachtungen zu Antisemitismus und Nationalismus in Ungarn niederschrieb. Heute, so meint er, hat ein jüdisches Kind in der Schule nicht mehr mit Beschimpfungen zu kämpfen. „Der staatliche Antisemitismus richtet sich nicht gegen individuelle Juden. Vielmehr ist es eine Agitation gegen Soros.“ Vergangenes Jahr traf Orbán den israelischen Premier Benjamin Netanyahu in Tel Aviv und auch Netanyahu selbst stattete Orbán schon einen Besuch ab. Von 18. bis 19. Februar 2019 trafen sich die Regierungsvertreter\_innen der Visegrádstaaten, von denen Orbán Teil ist, in

Israel. „Das ist der Plan von Fidesz, die Anschuldigung des Antisemitismus von sich abzuwenden“, so Pfeifer. „Wieso sollen wir Antisemiten sein, wenn wir uns doch gut mit Netanyahu verstehen?“ Orbán und den israelischen Premier eint die Abneigung gegen Soros und den Islam, deswegen hätte Netanyahu nicht auf Orbáns antisemitische Anspielungen reagiert, so Kritiker\_innen.

**ORBÁNS DOGWHISTLE.** In der EU hingegen wurde im September 2018 ein Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn eingeleitet. Der Artikel 7 des EU-Vertrags kommt zum Einsatz, wenn eine Verletzung der Werte stattgefunden hat, „auf die sich die Union gründet.“ Dieses Verfahren könnte dazu führen, dass Ungarn Stimmrechte innerhalb der EU verliert. Das europäische Parlament stimmte auf Grundlage des Berichts der niederländischen Grünen-Abgeordneten Judith Sargentini mit der dafür notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit für die Einleitung. Kritisiert wurde die „systemische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn“. Der Weg bis zur Umsetzung von Sanktionierungen dieser Art ist jedoch lang und bürokratisch.

Auch auf meiner Ungarn-Reise wird über das EU-Verfahren gegen die Orbán-Regierung diskutiert. „Die tatsächlich leidtragenden von EU-Sanktionen gegen Ungarn wären nicht die Fidesz-Politiker\_innen, sondern die ungarische Bevölkerung“, so der Tenor unter meinen Gesprächspartner\_innen.

Auch innerhalb der Europäischen Volkspartei, der Fidesz angehört, stimmten Abgeordnete für die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens. So auch die ÖVP unter der Führung von Othmar Karas. Die FPÖ hingegen forderte, Orbán in die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit aufzunehmen. Wird Fidesz den Platz in der EVP behalten? „Schwer vorauszusagen“, meint Karl Pfeifer, „von sich aus werden sie nicht weg gehen wollen. Die Inklusion in die EVP bringt ihnen nur Vorteile und keinerlei Nachteile.“

**ZUKUNFTSMUSIK IN MAGYARORSZÁG.** Auch wenn Margit auf „ihrer eigenen Haut“ nichts von der EU spürt, glaubt sie „dass viele gute Dinge in unserem Land aus diesem Grund passiert sind. Auch, dass Ungarn weitergekommen ist und weiterkommen wird.“ Bei ihr im Ort

wurde durch EU-Fördergelder eine große Froschteich-Anlage angelegt. Die Spaziergänger\_innen können auf Infotafeln Dinge über die Natur lesen. Was würde sie sich für die Zukunft Ungarns wünschen? „Soziale Sachen. Ich sehe, dass es extrem viele arme Leute gibt und ich würde mir wünschen, dass man ihnen hilft. Ich weiß auch nicht wie. Vielleicht würde es etwas bringen, diesen Menschen das Leben zu lernen? Auf sie wurde jedenfalls leider vergessen.“

Der 23-jährige Soma formuliert es drastischer: „Durch die EU ist es leicht, auszuwandern. Daher ziehen viele qualifizierte Leute aus Ungarn weg. Die Arbeit, die wir jetzt erledigen, stärkt ausländische Multi-Konzerne.“

Meine Übersetzerin Szilvia drückt es so aus: „In Österreich lese ich viel von Ungarn, aber die Armut, die hier herrscht, kann man sich nicht vorstellen, wenn man nicht hier war. Es bräuchte saubere, ehrliche Jobs in Ungarn, mit allen Dingen, die dir zustehen, um dein Leben zu bewältigen.“

*Elena Zeh studiert Journalismus und Medienmanagement.*

# Cyntoia Brown – „Me facing life“

## Alkohol- und Drogenmissbrauch, Gewalt, sexuelle Misshandlung und ein Leben im Gefängnis. All das musste Cyntoia Brown schon mit 16 Jahren durchstehen.

Am 7. August 2019 beginnt für Cyntoia Brown ein völlig neuer Lebensabschnitt. Nachdem sie als 16-jähriges Mädchen zu einer Haftstrafe von 51 Jahren verurteilt wurde und sie davon nun bereits 15 Jahre im Gefängnis verbracht hat, soll sie nun im August dieses Jahres entlassen werden. Bill Haslam, der Gouverneur von Tennessee, hat entschieden, dass ihre Strafe zu hart gewesen ist. Seine Entscheidung fiel sicher unter anderem auch deshalb so aus, weil berühmte Persönlichkeiten wie Kim Kardashian, Cara Delevingne, LeBron James und Rihanna sich in den sozialen Medien für Cyntoia stark gemacht haben. Nicht nur Stars unterstützten Brown in ihrem Kampf gegen das amerikanische Rechtssystem, durch den Hashtag #FreeCyntoiaBrown brachten unzählige Menschen ihre Unterstützung für die junge Frau zum Ausdruck.

**EIN LEBEN VOLLER GEWALT.** Am 7. August 2004 wird die 16-jährige Cyntoia Brown von ihrem „Freund“ Garion McGlothen, der sich auch Cut-Throat nennt, dazu gezwungen, auf die Straße zu gehen und sich zur Prostitution anzubieten. Eigener Aussage zufolge wollte Brown nach East Nashville, weil dort ein beliebter Treffpunkt der Prostitution zu finden ist. Sie trifft auf den 43-jährigen Johnny Michael Allen, der sie nach ihrem Preis für eine Nacht fragt. Nachdem er diesen von 200\$ auf 150\$ herunterhandelt, steigt sie zu ihm ins Auto. Cyntoia schlägt vor, in ein Motel zu fahren, Allen jedoch besteht darauf, sie mit zu sich nach Hause zu nehmen. Er erzählt dem Mädchen, dass viele Frauen ihn nur aufgrund seines Geldes wollen, er aber wolle eine Frau, die ihn begehrt. In seinem Haus angekommen bemerkt Brown die vielen Waffen, die im ganzen Haus verteilt sind. Sie selbst beschreibt sich als sehr nervöse Person, die immer ein gewisses Misstrauen gegenüber fremden Personen verspürt. Als sie sich zusammen in sein Bett legen, ist er sehr grob zu ihr, er packt sie gewaltsam an den Beinen und blickt sie aggressiv an. Danach rollt er sich zur Seite und streckt seine Hand zu Boden. Cyntoia denkt, er greife nach einer Waffe, sie bekommt es mit der

Angst zu tun, langt nach ihrer eigenen Waffe und erschießt ihn.

Diese Geschichte erzählt Cyntoia Brown im Gerichtssaal und im Dokumentarfilm „Me facing life: Cyntoia’s Story“ vom Regisseur Daniel H. Birman. Der Polizeibericht von Detective Charles Robinson unterscheidet sich jedoch von Browns Angaben. Dieser ist davon überzeugt, dass Browns Motiv für den Mord nicht Angst, sondern Raub gewesen ist. Er ist gegen Cyntoias Freilassung, verfasst sogar einen Brief an den Gouverneur, in dem er ihn bittet, sie aufgrund der Tatsache, dass sie Gegenstände und auch Geld aus dem Haus mitgenommen hat und sich Allen in einer Schlafposition befand, als er ermordet wurde, nicht zu begnadigen.

Auch Staatsanwalt Jeff Burks ist sich, was Cyntoias Schuld angeht, sicher. Sie sei freiwillig mit Allen mitgefahren, habe in seinem Haus gegessen, benutzte sein Bad und sah mit Allen gemeinsam fern.

Ganz anderer Meinung ist hingegen der forensische Psychiater Dr. William Bernet, der sich im Laufe der Verhandlungen ein Bild von Cyntoias psychischer Situation gemacht hat. Bernet geht davon aus, dass sich ihre kriminelle Handlung auf eine Persönlichkeitsstörung zurückführen lässt. Cyntoias Leben sei von Gewalt und Enttäuschung durchzogen und aufgrund vieler negativer Erfahrungen fehle ihr das Vertrauen in die Menschen.

Cyntoias Vergangenheit ist von Missbrauch geprägt. Begonnen bei ihrer Großmutter, die durch eine Vergewaltigung mit Cyntoias biologischer Mutter Georgina Mitchell schwanger wird. Schon sehr jung bringt Mitchell dann Cyntoia zur Welt. Während der Schwangerschaft trinkt sie jeden Tag Alkohol, greift zu Crack und Kokain. Außerdem ist Cyntoias biologische Familie mit einer Reihe psychologischer Erkrankungen vorbelastet: bipolare Störungen, Persönlichkeitsstörungen, Suizidgedanken und -versuche, manische Depressionen; den Oberarm ihrer leiblichen Mutter ziert ein Suicide-Tattoo. Die

einzig richtige Bezugsperson, die Brown wohl jemals hatte, ist ihre Adoptivmutter Ellenette Brown. Jedoch lief auch in dieser Familie nicht immer alles gut für Cyntoia, von ihrem Adoptivvater Thomas wird sie misshandelt, woraufhin sie flieht und auf Cut-Throat trifft. Ellenette Brown meldet Cyntoia nie als vermisst.

Eine Liste, die Cyntoia während ihres Gefängnis-aufenthaltes erstellt, zeigt, wie ernst ihre Situation gewesen ist. Mit 16 Jahren hatte sie bereits mit 36 Personen Geschlechtsverkehr: drei davon waren Verwandte und nur neun davon legten Wert auf geschützten Geschlechtsverkehr. Vergewaltigung kann sich laut Bernet auf viele Verhaltensweisen im späteren Leben auswirken. Er ist der Meinung, dass Cyntoia als Person wahrgenommen werden müsse. Sie war ein Kind, das sich in einer schlimmen Situation befand und aufgrund verschiedener Gründe falsch reagierte.

**NEUE HOFFNUNG.** Gouverneur Haslams Ansicht nach, soll positive Veränderung mit Hoffnung belohnt werden. Dies sei der Grund, warum er für Cyntoias Freilassung stimmte.

Cyntoia Brown war in den 15 Jahren, die sie im Gefängnis verbrachte, das, was man als Musterhäftling bezeichnen würde. Sie bekam die Möglichkeit, die Lipscomb Universität zu besuchen, die ihr eine völlig neue Welt eröffnete und auf der sie im Mai 2019 voraussichtlich auch ihren Bachelor abschließen wird. Ihre Zukunft will die 31-jährige jungen Frauen widmen, die sich genau wie sie selbst damals in scheinbar ausweglosen Situationen befinden.

Ihre Reaktion auf die Freilassung zeigt, wie sehr sie es zu schätzen weiß, dass ihr Kampf endlich ein Ende haben wird: „Thank you, Governor Haslam, for your act of mercy in giving me a second chance. I will do everything I can to justify your faith in me“.

*Nina Köstl studiert Germanistik und Pädagogik an der Karl-Franzens Universität Graz.*



# FEUILLETON

L

IST

RÜHEN KIN

SO

ATI

US

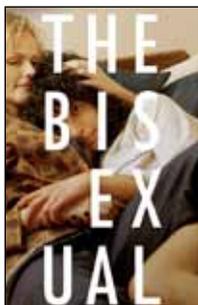
RA

LEMB

0.1

BE

## THE B WORD



„Bisexuality is a myth“, sagt Laila zu ihren Freundinnen in der Lesben Bar. „I don't like that word. [...] When you hear bisexual, you think, like, Tila Tequila. [...] It's tacky. [...] It's like your genitals have no allegiance.“ Nachdem ihre langjährige Beziehung mit ihrer (Business-) Partnerin Sadie in die Brüche geht, beginnt sie jedoch, ihre Sexualität zu hinterfragen und ihr Leben auf den Kopf zu stellen. Sie zieht in eine WG mit einem gescheiterten irischen Autor, geht zu Londoner Hipster-Kunst-Performances und schläft zum ersten Mal mit Männern.

In *The Bisexual* arbeitet Desiree Akhavan nicht nur als Produzentin autobiografisch, sondern auch als

Hauptdarstellerin. Gerade darum wirkt die Serie wahrscheinlich so realitätsnah und witzig und gleichzeitig doch schmerzlich echt. Hetero-Männer, die nicht verstehen, wie Sex ohne Penis geht; lesbische Frauen, die meinen, Bisexualität sei nur etwas für experimentierfreudige Studentinnen. Die Serie zeigt aber auch, wer es sich leisten kann, eine Quarter-Life-Crisis zu haben. Lailas beste Freundin Deniz muss ihre Hauptaufgabe darin sehen, ihre Familie abzusichern. Sie hat weder die finanziellen, noch die emotionalen Kapazitäten, um sich um ein mögliches Coming-Out und ein damit verbundenes Abstand Nehmen von ihrer Familie zu kümmern. Im Gegensatz zur Supermarkt-Managerin Deniz lebt Laila als selbstständige, im Co-Working Space arbeitende App-Designerin nämlich vergleichsweise in Saus und Braus.

*The Bisexual* ist das beste Beispiel für eine Dramedy-Serie, die leicht zu binge-watchen, aber trotzdem

vielschichtig ist. Eine penetrante Hauptfigur, die man eigentlich nicht wirklich mag, unangenehm lange Sex-Szenen und betretene Stille nach der Frage, was man vom Film „Blau ist eine warme Farbe“ hält. Ein diverser Cast und ein Haufen schräger, aber natürlicher Persönlichkeiten runden die Story ab.

Wer Lust auf sechs 20-minütige Folgen voll mit Körperbehaarung, weiblicher Sexualität und starken Freundinnenschaften hat, der dem kann *The Bisexual* nur ans Herz gelegt werden.

*The Bisexual*, TV-Serie, 2018 (Channel 4/Hulu)

Autorin: Hannah Svoboda studiert Politikwissenschaften an der Uni Wien.

## Film-Rezension

## HUMAN TRAFFICKING IN WIEN



Joy und Precious stehen in Wien am Strich. Ein Mercedes fährt in die dunkle Gasse ein, lässt das Fenster runter, Joy steigt ein. Bis es hell wird fährt sie noch mit einigen Männern mit, denn sie muss das Geld pünktlich an ihre Madame abgeben, bei der sie und die anderen nigerianischen Mädchen und Frauen noch hoch verschuldet sind. Denn in diesem Film sind es Frauen, die andere Frauen ausbeuten.

Regisseurin Sudabeh Mortezaei führt das Publikum mit ihrem zweiten Spielfilm in die Hinterzimmer und ungesesehenen Ecken der Zwangsprostitution. Dabei bleibt die Erzähl-Perspektive stets die der Protagonistin Joy, gespielt von Joy Anwulika Al-

phonus. Wir sehen ihr dabei zu, wie sie Geld in ihre Heimat schickt, lernen ihre kleine Tochter kennen, begleiten sie gemeinsam mit einem Freier zu einem Termin bei einer NGO. Dort bespricht sie, dass es für sie gefährlicher wäre, gegen das Netzwerk auszusagen, als weiter ausgebeutet zu werden – zu groß die Angst vor den Konsequenzen.

Sudabeh Mortezaei zeigt uns die Gesichter von Joy und den anderen Frauen, als sie das Weinen und Flehen der jungen Precious hören, die im Nebenzimmer durch die Handlanger der Madame vergewaltigt wird, als sie das Geld nicht pünktlich abgeliefert. Der Film erklärt jedoch auch die spirituelle Komplexität, die die Frauen mittels eines in Nigeria abgelegten Schwurs daran hindert, mit der Polizei zu sprechen. Kommentarlos und ohne Gewalt bildlich darzustellen wird geschildert, wie ausweglos die Situation für die Frauen ist. Mithilfe aufwendiger Recherche gelang es dem Team, die Szene der Zwangsprostitution

nachzuzeichnen. So wird die kleinteilige Problematik von human trafficking für die Zuseher\_innen plötzlich sehr greifbar. Die Arbeitsweise der Regisseurin, Laienschauspieler\_innen zu engagieren, chronologisch zu drehen und nur die Rahmen der Dialoge vorzugeben, lässt die Charaktere fast hyperreal wirken. Eine weitere Barriere zwischen Leinwand und Publikum wird durch die reportagenartige Kameraführung von Klemens Hufnagl abgebaut. Jedes Mal, wenn die Erzählung das blau-grüne Licht verlässt und man auf das vertraute Bushütterl oder den ÖBB-Schaffner trifft, wird einem\_r schlagartig wieder bewusst, dass sich diese Geschichte in Wien abspielt.

*Joy*, Spielfilm, Österreich 2018, Regie: Sudabeh Mortezaei

Elena Zeh studiert Journalismus und Medienmanagement.

## Buch-Rezension

## JENSEITS VON KUH UND MÖWE



„Bei Tieren wird die Linke rechts“, postuliert der in Wien lebende Künstler und Philosoph Fahim Amir in seinem 2018 erschienenen Werk „Schwein und Zeit – Tiere, Politik, Revolte“. Das Buch erhielt im selben Jahr den Karl-Marx-Preis des Vereins transform!at in der Kategorie „Ökosozialismus“ und stellt den – nicht gerade unbescheidenen – Anspruch, der Romantisierung der Natur einen Ansatz entgegen zu stellen, der Tiere als politische Subjekte begreift, die auf eine lange Tradition antikapitalistischen Widerstands zurückblicken. Durchaus unterhaltsam startet Amir mit der Geschichte damit, wie sich Friedrich Engels – lange überzeugt von der „Vernunft“ der

Evolution – beim Schnabeltier entschuldigt. Auf den folgenden rund 200 Seiten hangelt er sich von der „Schweinischen Multitude“, über auf-alles-schießende Tauben und allerlei ideologisch behaftetes Insektengetier, bis hin zu hormongedopten Singvögeln.

Dabei schwankt das Buch durchgängig zwischen durchaus interessanten Anekdoten und spannenden Inputs auf der einen, und schwer nachvollziehbaren bis äußerst absurd anmutenden Postulierungen auf der anderen Seite. Als Beispiel seien hier etwa jene urbanen Sperlinge und Hausgimpel erwähnt, die ihre Nester zum Schutz vor Parasiten mit Zigarettenstummeln auskleiden. Es mag durchaus sein, dass Tiere lernen können, giftige Abfälle zu ihrem Vorteil einzusetzen, die zumindest implizit geäußerte Behauptung, wer rauche (und die Zigaretten auf dem Boden entsorge) würde ökologisch womöglich sogar Gutes tun, ist allerdings haarsträubend. Hier scheint Amirs

Distinktionsbedürfnis gegenüber „biopolitischem Common Sense“ und „ordnungsverliebten Öko-Politist\_innen“ ihm ein wenig die Sicht zu vernebeln. Sprachlich liest sich das Buch streckenweise etwas mühsam und bemüht hochgestochen, marxistische Begriffe scheinen teils willkürlich platziert und eher der intellektuellen Effekthascherei zu dienen als dem Argument. Insgesamt bietet das Buch durchaus Unterhaltendes und Anregendes, am Anspruch einen durchdachten Gegenentwurf zu gängigen (linken) Rezeptionen von Umwelt und Tierwelt zu präsentieren scheitert es allerdings.

Fahim Amir: *Schwein und Zeit* (2018)

Vincent Perle studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

# Wählen Sie!



## Gerechtigkeit

Gehen Sie zur AK Wahl:  
Denn nur Ihre Stimme sorgt dafür, dass  
Ihre Interessen kraftvoll vertreten werden.

**Wien: 20.03. bis 02.04. 2019**

Per Briefwahl und in vielen Betrieben.

[wien.arbeiterkammer.at/wahl](http://wien.arbeiterkammer.at/wahl)

#akwahl

**AK  
WAHL**



**MEINE  
STIMME  
TUT WAS.**

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

# Kurz-Strache-Blümel und das österreichische Theater

## Bombendrohung am Berliner Theater, politischer Intendanzwechsel in Polen, Ungarns freie Szene in Hinterhöfen – Wie sieht die Situation an Österreichs Theatern aus?

Bereits 2010 schrillten die Alarmglocken des europäischen Theaters laut. Nach dem Wahlsieg Viktor Orbans kursiert im ungarischen Kulturleben eine anonyme Liste, die „Juden, Bolschewiken und Homosexuelle“ mit Namen nennt. Die rechtsextreme Partei Jobbik organisiert eine Demonstration gegen den künstlerisch wie finanziell erfolgreichen Intendanten des Budapester Nationaltheaters Róbert Alföldi. Die Demonstrant\_innen nennen ihn „eine Schwuchtel, einen Perversen, einen Juden und des Nationaltheaters nicht würdig“ und fordern seine Absetzung. Die Regierung setzt sich durch. Als 2015 die PiS-Partei in Polen die Regierung übernimmt, beginnt sich auch die Theaterszene Polens zu verändern. Politische Intendanzwechsel und wüste Beschimpfungen von Theaterschaffenden werden nach Ungarn auch in Polen zum Alltag des Kunst- und Kulturlebens. In Deutschland gehen die Wellen gegen die Kunst der offenen Gesellschaft ebenfalls hoch.

2015 verklagt AfD-Politikerin Beatrix von Storch die Theaterproduktion FEAR von Falk Richter. Ein Bild von ihr werde auf der Bühne gezeigt. Sie bekommt vor Gericht nicht Recht. 2017 muss der Friedrichstadtpalast in Berlin nach einer anonymen Bombendrohung geräumt werden. Mehr als 1.000 Menschen verlassen den Theatersaal und dürfen erst nach einer Stunde und Entwarnung durch die Polizei wieder hinein. Inwiefern die Bombendrohung mit den zuvor bekannt gewordenen AfD-kritischen Äußerungen des Intendanten in Zusammenhang steht, kann nicht geklärt werden. 2018 klagt der AfD-Kreisverband Paderborn das regionale Theater wegen – ausgerechnet – Volksverhetzung. Das Theater hatte im Programmheft des Stücks „Andorra“ anhand einer Grafik Wahlergebnisse der NSDAP und der AfD verglichen. Im selben Jahr stürmen Anhänger\_innen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ die „Global Gala“ am Deutschen Theater Berlin. Auf der YouTube-Seite „Freie Heimat“ wird die gefilmte „Aktion“ mit einer gängig gewordenen Umdeutung legitimiert, die dem Kulturverständnis der AfD nahe steht: Die Vorstellung der „Global Gala“ wird „als Theateraufführung getarnte Propagandashow“ im Namen der Freiheit angegriffen.

Theater in Stiegenhäusern und Hinterhöfen. In Österreich geschah diesbezüglich relativ wenig. 2016 stürmen 30 Mitglieder der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ eine ÖH-Aufführung von Elfriede Jelineks „Die Schutzbefohlenen“ im Audimax der Universität Wien. Bis auf wenige rechtspopulistische Theaterkritiken auf unzensuriert.at findet jedoch wenig bis keine direkte Auseinandersetzung statt. Derzeit fordern internationale Kunst- und Kulturschaffende mittels Petitionen und lauten, prominenten Stimmen die Freiheit der Kunst und eine offene Gesellschaft – ohne große Erfolge in Ländern wie Polen, Ungarn oder der Türkei. Als 2014 das Wiener Burgtheater ungarische Theaterschaffende einlud – beziehungsweise „was von der ‚Szene Ungarn‘ übrig blieb“, wie Theaterkritiker Martin Pesl damals schrieb – wurde in der Podiumsdiskussion bereits erklärt, es werde keine Zensur geübt, etwas weniger Geld gäbe es zwar, aber die freie Szene sei mittlerweile „daran gewöhnt, in Stiegenhäusern und Hinterhöfen Theater gucken zu gehen“.

Nachrichten wie diese erschüttern Theaterschaffende in Österreich, die sich mit dem ‚Neuen Stil‘ der Türkis-Blauen Bundesregierung konfrontiert sehen. Bisher sind keine groben Änderungen der Kunst- und Kulturförderung auf Bundesebene belegt. Der Kunst- und Kulturbericht für das Jahr 2018 wird erst Mitte Juni veröffentlicht. Für das Jahr 2017 liegen die Zahlen wie gewohnt bei knapp 163.000.000 Euro für die Bundestheater (Bundestheater Holding, Burgtheater, Volksoper und Staatsoper). Die Theaterförderung (Jahresprogramme, Projekte, Prämien, Stipendien und Preise) wurde im Vergleich zu 2016 leicht erhöht (auf 17.115.700 Euro). Auf Nachfrage lehnt Brigitte Winkler-Komar, Leiterin der Abteilung II „Musik und darstellende Kunst“ im Bundeskanzleramt jede inhaltliche Bewertung von „Theater“ ab. Nicht das Bundeskanzleramt, sondern die Theaterschaffenden selbst definieren, was Theater ist. Es herrsche immer noch Freiheit der Kunst. Das beruhigt.

Die österreichische Theaterlandschaft ist strukturell in Bundestheater, Landestheater und die freie Szene unterteilt – mit der Wiener Besonderheit von drei

Privattheatern, die von Stadt und Bund gemeinsam finanziert werden. Regierungswechsel im Nationalrat betreffen daher vorrangig dramatische Produktionen, deren Subvention direkt vom Bundeskanzleramt abhängig ist. Das Theater an der Gumpendorferstraße (TAG) etwa, sieht sich auf Anfrage eher „als Theater unter Rot-Grün“ als in direkter Verbindung zur aktuellen Bundesregierung. Unter Schwarz-Blau I ist der beliebten Kleinbühne in Wien-Neubau die strukturell wichtige Bundesförderung gestrichen worden. Wenn sich das jetzt unter Türkis-Blau wieder ändern würde – man hat erneut um Förderung angesucht – „hätte das einen ironisch-historischen Bezug“ meint Gernot Pläß, künstlerischer Leiter des TAG.

Türkis-Blau Theaterpropaganda in Schulen. Kürzlich sorgte das Landestheater Linz für Aufsehen. Teilfinanziert von einer Rot-Blauen Stadt- und einer Schwarzen Landesregierung, packte Ende 2018 der Linzer Bürgermeister Luger (SPÖ) das Damoklesschwert aus. Zum 8.12.2018 kündigte er mit Stimmen der SPÖ und FPÖ den Theatervertrag, der die gemeinsame Finanzierung regelte, auf, ohne sich um eine Alternative zu kümmern. Die Petition #linzliebtseintheater sammelte mehr als 20.000 Unterschriften. Schlussendlich übernahm ÖVP-Landeshauptmann Thomas Stelzer die entfallene Stadt-Subvention in sein Landesbudget. Paradox, wollte derselbe Thomas Stelzer noch 2017 das Kulturbudget für regionale Kulturinitiativen in Oberösterreich um 30 Prozent kürzen und damit eine der lebendigsten freien Szenen Österreichs nachhaltig zerstören. Es ist den weitgreifenden Bemühungen der Initiative #kulturlandretten zu verdanken, dass Stelzer sein Kürzungsvorhaben von 30 Prozent auf 10 Prozent reduzierte.

Das Verhalten Stelzers ist bezeichnend für die Kulturpolitik von Schwarz-Türkis. Kulturtanker im Zentrum, wie das Landestheater Linz und das Bruckner-Orchester werden gehalten, unter strengen ‚Qualitätskriterien‘. Lebendige, freie Kunst- und Kulturarbeit in den Regionen und Peripherien wird kaputtgespart. Bezeichnend ist auch das Theaterstück „Welt in Bewegung“, das 2018 vom Innenministerium in Auftrag gegeben und mehr als 70 mal an Schulen

aufgeführt wurde. Inhalt des Stückes – zwei Geflüchtete kommen nach Österreich. Der „gute“ aus „Syrien“ integriert sich vorbildlich, während der „schlechte“ aus „Afrika“ wieder gehen muss. Platte Propaganda wurde dem Stück zurecht vorgeworfen, restliche Vorstellungen abgesagt.

Blümels Desinteresse. Was Kunst und Kultur der aktuellen Regierung bedeuten, liest sich nicht nur aus dem auffallenden Desinteresse Kulturminister Blümels heraus.

Am Institut für Soziologie haben sich die Forscherinnen Vera Gallistl, Julia Wohlfahrt und Clara Overweg für einen Vortrag zu kultureller Teilhabe und Kulturstilen in Österreich das Regierungsprogramm „Zusammen. Für Österreich. 2017–2022“ genauer angesehen und dabei für den Punkt „Kunst und Kultur“ zwei Schlagworte erkannt.

1. Ergebnisorientierung. Türkis-Blau möchte weg vom sogenannten ‚Gießkannenprinzip‘ (wenig Geld für viele Projekte) und hin zu einer fokussierteren Förderstruktur. Dazu soll es bessere Messungen über den ‚Erfolg‘ von Kunst- und Kulturproduktionen geben. Im Regierungsprogramm heißt es: „Förderung von Exzellenz und klares Bekenntnis zur Qualität: Abschluss von nach Möglichkeit mehrjährigen Leistungsvereinbarungen zwischen öffentlichen Fördergebern einerseits und Fördernehmern (Institutionen) andererseits mit klaren Wirkungszielen und objektivierbaren Qualitätskriterien zur Förderung der Freiheit der Kunst und zur besseren Planbarkeit.“

Die Einführung von „klaren Qualitätskriterien (Benchmarking)“ und „effektiver Kontrolle, ob die vorgegebenen Wirkungsziele und Qualitätskriterien erreicht wurden; darauf aufbauend echtes Prämiensystem“ verunsichert – wie vieles im Sprech des „Neuen Stils“.

„Wenn von ‚Wirkungszielen‘ und ‚Qualitätskontrolle‘ gesprochen wird, wenn also Begriffe der Wirtschaft herangezogen werden, dann geht das an Kunst- und Kulturarbeit geradewegs vorbei. Kunst ist widerständig, widersetzt sich den logistisch organisierten Bewertungs-Verfahren, die sie zu erfassen versuchen. Handwerk ist immer noch was anderes als Kunst“, reflektiert Theresa Gindlstrasser, Journalistin und Beirätin für die Vergabe von Subventionen im Bereich Darstellende Kunst im Bundeskanzleramt. Und auch Kathrin Bieligg vom Vorstand der Dramaturgischen Gesellschaft meint: „Die simple Übertragung von Evaluationsmethoden aus der Wirtschaft auf die Kunst und ihre Förderung reduziert diese nicht nur zu einem reinen Standortfaktor, sondern ignoriert alles, was Kunst und Kultur darüber hinaus können. Ein Bekenntnis zur Kulturförderung als essentieller Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens würde diese aus der Kann-Passieren-Willkür herausnehmen und zu einer selbstverpflichtenden Aufgabe machen.“

Gleichzeitig ist eine bessere Evaluation, wie etwa die ebenfalls im Regierungsprogramm erwähnten „Mitarbeiterreviews“ [sic!], ein gutes Mittel, um für

mehr Gleichheit am Theater zu sorgen. Auch der Ruf nach höherer Diversität auf österreichischen Theaterbühnen wird immer lauter. Dem Ruf kommt am stärksten das Programm der Wiener Festwochen nach. Nachdem Intendant Thomas Zierhofer-Kien vergangenes Jahr überraschend den Hut nahm - er war trotz künstlerischer Erfolge nicht auf breite Resonanz innerhalb des so berüchtigten Wiener Publikums gestoßen - übernimmt Christophe Slagmuylder das große internationale Festival. Als Aufgabe der Festwochen sieht er es „Ungesehenes und Ungehörtes zu präsentieren und zu ermöglichen“ (Mission Statement, Wiener Festwochen, 2019). Die Resonanz wird uns wohl Ende Juni sagen, was sie davon hält.

2. Privatisierung. Das zweite Schlagwort, das sich aus Gallistl/Wohlfahrt/Overwegs Analyse des Regierungsprogramms ergibt, ist eine alte Bekannte aus Schwarz-Blau I und II: die Privatisierung. Im Wortlaut des Regierungsprogramms heißt das: „Bessere Rahmenbedingungen für privates Engagement im Kultursektor: Ankurbelung privater Kunstförderung“. Türkis-Blau versteht Kunst- und Kultursubvention als Startinvestition nach der sich der\_die Künstler\_in / die Bühne / der Verein ökonomisch selbstständig halten soll.

Ein Problem damit haben institutionalisierte Bühnen gleichermaßen wie Akteur\_innen der freien Szene, meint dazu Verena Humer, stv. Geschäftsführerin der Kulturplattform Oberösterreich. „Kunst muss kein verwertbares, verkäufliches Produkt sein. Wir brauchen eine Kultur abseits der Leuchttürme. Kunst darf und soll auch scheitern und experimentieren – nur so können neue Räume erschlossen werden. Eine Regierung, die ein rein gewinnorientiertes Kulturverständnis hat, verkennt die Funktion von Kunst und Kultur.“

Im Regierungsprogramm legt man klar auf eine „besondere Berücksichtigung der österreichischen Kultur“ wert. Förderungen im Kunstbereich scheinen unter dem falschen Titel „Kreativwirtschaft“ subsummiert: „Förderung von Kunstschaffenden – unter klar definierten Qualitätskriterien – muss auch als Sprungbrett in die wirtschaftliche Unabhängigkeit gesehen werden. Rahmenbedingungen für die Kreativwirtschaft sind zu verbessern“.

Alarmglocken. Bei Kunst- und Kulturschaffenden schrillen hier Alarmglocken. Die Kreativwirtschaft umfasst Unternehmen und Selbstständige wie etwa Grafiker\_innen, Architekt\_innen und Designer\_innen. Am Beispiel der Fotografie zeigt sich deutlich: Gebrauchsphotografie ist von der WKO als kreativwirtschaftlicher Beruf umfasst. Kunstfotografie nicht. Wieso schleicht sich unter dem Punkt „Kunst und Kultur“ also die Kreativwirtschaft ins Regierungsprogramm? Eine weitere Frage stellt sich hinsichtlich der „Neuaufstellung der Bundestheaterholding,“ Lässt sich die Regierung hier ein Hintertürchen offen, über das die gesellschaftliche oder künstlerische Positionierung des sogenannten „österreichischen Nationaltheaters“ reguliert werden soll? Mit Martin Kušej holt man einen streitlustigen, politischen Intendanten ans

Haus. Über ihm steht der Vorstand der Holding, der die Geschäfte des Burgtheaters kontrolliert.

Hoffnung formiert sich in Form verschiedener Vereine und Initiativen wie Pro Quote Bühne oder der Berliner Erklärung der Vielen, die sich unter dem Motto „Glänzende Demonstration der Kunst und Kultur – Solidarität statt Privilegien. Es geht um Alle. Die Kunst bleibt frei!“, für eine offene Gesellschaft und Freiheit der Kunst einsetzt. An einer Erklärung der Vielen für Österreich wird gerade gearbeitet. Interessierte sind zu dem nächsten Arbeitstreffen eingeladen (mehr Informationen und Anmeldung unter [www.dievielen.at](http://www.dievielen.at)). Ebenfalls arbeiten derzeit die Intendant\_innen der österreichischen Landestheater an einem gemeinsamen Statement, das Mitte Mai erscheinen wird.

Das Schauspielhaus Graz hat bisher keine Konsequenzen des aktuellen Regierungsprogramms erfahren, meint die dortige geschäftsführende Intendantin Iris Laufenberg. Inwiefern in Zukunft von einem aus der Fördersituation abgeleiteten Mitspracherecht Gebrauch gemacht wird, könne sie derzeit nicht sagen.

Am Schauspielhaus Wien jedenfalls befindet man sich „in Alarmbereitschaft“, so der dortige künstlerische Leiter Tomas Schweigen. Statements von Regierungsmitgliedern wie die Forderung von Bundesminister Kickl, das Recht solle der Politik folgen, werfen für Schweigen Fragen nach der Freiheit der Kunst auf. „Das Kulturprogramm der FPÖ, wenn man es so nennen kann, ist dem einer AfD sehr ähnlich – und es wäre fatal, wenn sich ein rechts-populistisches, nationalistisches Kulturverständnis durchsetzt“ meint der Wiener Intendant. Wenn Theater einer bestimmten Ideologie folgen müsse, unbequeme Fragen nicht mehr stellen und Machthaber\_innen nicht mehr kritisieren dürfe, würde das „eine radikale Umkehr“ bedeuten.

Stephanie Gräve leitet ab Herbst 2019 das Landestheater Vorarlberg. Auch sie beobachtet die politische Entwicklung in Europa mit Sorge. Für ihren Start im Ländle allerdings sieht sie gute Voraussetzungen: „Ich bin explizit mit dem Anspruch angetreten, dass wir uns in die virulenten gesellschaftlichen Diskurse einbringen, dass wir kritisches und politisches Theater machen; das wird von Seiten der Landespolitik positiv aufgenommen – wie auch gesellschafts- und kulturpolitische Initiativen, zum Beispiel die Teilnahme am European Balcony Project oder die Aktion ‚40.000 Theatermitarbeiter\*innen treffen ihre Abgeordneten‘, die wir erstmals in Österreich starten.“ Aufgefallen sei ihr bisher vor allem der große Unterschied in der Geldverteilung des Bundes an die unterschiedlichen Landestheater. Aus ihrer Erfahrung in Deutschland meint sie jedenfalls: „Kulturförderung soll breit aufgestellt sein, damit es keine politische Vereinnahmung geben kann.“

*Clara Gallistl dissertiert im Bereich Geistes- und Kulturwissenschaften an der Universität Wien.*

**progress**

---

**zu Hause lesen**

# EINFACH ONLINE



*Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.*

[progress-online.at](http://progress-online.at)